

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitzelle oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$,
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Der gewaltige Kampf, wie er sich in Stuttgart zwischen unseren Kollegen und deren Arbeitgebern abspielt, erfordert große Mittel, die angesichts vieler anderer noch zu unterstützender Streiks aus der Hauptkasse allein nicht gedeckt werden können. Es ist daher dringend erforderlich, daß jeder einzelne Kollege finanziell nach Kräften dazu beiträgt, den Uebermuth der süddeutschen Möbelindustriellen zu brechen und unseren kämpfenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.

Lohnbewegung.

Zugzug ist fern zu halten von:
Drechsler nach Dortmund (Feuerbaum), Trebbin (Jul. Poppe), Wödenem, Nürnberg (Kurz'sche Blei-
schiffabrik), Nürnberg (Böhmen);
Bau- und Möbeltischlern nach Dortmund (Born &
Goenig), Burg, Chemnitz (Wilhelm Zimmermann),
Lüneburg, Neustadt an der Haardt, Berlin
(Eisfabrik von Scholz, Weberstr. 7, 2. Hof, 2. St.), Herford
(Weipohl), Bremerhaven, Geestemünde, Lehe,
Offenburg (Simmler und Venator), Neutlingen,
Niesha, Raumburg an der Saale, Nabeberg,
München (Architekt Scheibl, Kapuzinerstr. 38), Lörrach,
Teterow (Wüter & Salow), Waldenburg, Lößtau,
(Wischhoff & Müllner), Jena, Lehrte, Wittenberge
(Ziege's Möbelabrik), Braunschweig (Dampftischlerei
von S. Wsche), Ulm (Th. Berger, Hofmöbelabrik),
Budapest, Prag und Salzburg, Raumburg
(Steincke & Co., Baugeschäft);
Tischlern und Drechsler nach Stuttgart und Schram-
berg (Julius Hofinger und Gebr. Jungmans);
Modelltischlern nach Hamburg (Firma Doose), Ottensen
(Firmen Klein und Hef & Niffel);
Parketbodenlegern nach München (S. Schwarztopf);
Stellmachern nach Hannover, Eilen, Halle a. d. S.
(Bindner'sche Wagenfabrik), Döbeln (Ulbrich), und
Stuttgart (Hofwagenfabrik von Otto Nägele), Braun-
schweig (Firma Jäger);
Schreibern, Maschinenarbeitern, Drechsler, Bild-
hauern, Polirern und Politurarbeitern nach Fürth
(Sommer und Leonhardt);
Möbelpolirern nach Waldheim (Gunger & Regel);
Holzbildhauern nach Würzen (Möbelabrik von S. Streil);
Kistenmachern nach Berlin (Schmidt, Alalbertstr. 7);
Stuhlmachern und Polirern nach Einbeckhausen
(Firma F. Worrmann);
Korbmachern nach Bozen (Tirol).

Der Stuttgarter Möbeltischlerstreik.

Wohin wir auch unsere Blicke wenden, überall be-
finden sich unsere Kollegen im Kampfe um bessere Lohn-
und Arbeitsbedingungen. Wer will es ihnen verargen,
daß auch sie einen gerechten Antheil des Wertes der
von ihnen geschaffenen Produkte beanspruchen! Kein
vernünftiger Mensch wird es für selbstverständlich halten,
daß die günstige Geschäftskonjunktur nur von den
Unternehmern ausgenutzt werden müßte und die
Arbeiter leer auszugehen hätten. Das Unternehmertum
ist darüber natürlich anderer Meinung, wie die ver-
schiedentlichsten Aeußerungen von jener Seite des Deisteren
zeigten. So behaupteten die Möbelindustriellen Stutt-
garts am 12. und 13. Mai d. J., daß, wenn die
Arbeitszeit um eine halbe Stunde gekürzt, ein Minimal-
lohn von M. 21 eingeführt und ein Lohnaufschlag von
10 pSt. gezahlt werden sollte, die Betriebe schwer zu
leiden hätten resp. eingestellt werden müßten. Weber
ist das Eine noch das Andere der Fall. Konnten
einzelne kleinere Betriebe die Forderung bewilligen
ohne eine bemerkbare Geschäftsschädigung, konnten es

die großen Unternehmer, in deren Werkstätten 50 bis
100 und mehr Arbeiter den Profit vermehren helfen,
auch.

Bei der ablehnenden Stellungnahme der Stuttgarter
Fabrikanten kann es sich also um eine „Schädigung
der deutschen Industrie“ nicht handeln, wie das bekannte
Kasseler Innungsfaktotum vor Kurzem einmal in die
Welt hinausposaunte; aber ebenso wenig sind es „fri-
voles Forderungen“, welche die Stuttgarter Schreiner
gestellt haben, sie sind durchaus den großstädtischen
Verhältnissen und der vortheilhaft entwickelten Möbel-
industrie Stuttgarts angepaßt und daher durchführbar.

Wo also weder von einer Geschäftsschädigung noch
von frivolen Arbeiterforderungen die Rede ist, kann
nur noch ein drittes Moment in Frage kommen, und
das ist in Stuttgart die Machtfrage, welche von den
bortigen Möbelfabrikanten zum Austrage gebracht
werden soll.

Der bisherige Verlauf des Streiks in Stuttgart
zeigt, daß es an Versuchen, ein Ende desselben herbei-
zuführen, nicht gefehlt hat; theils sind Annäherungen
der Lohnkommission an die einzelnen Fabrikanten oder
an deren Vertretung zurückgewiesen, theils hat man sich
nur auf Unterhandlungen einlassen wollen, wenn die
Hauptforderungen fallen gelassen würden. Wir
sind mit den deutschen Kollegen wohl Eins darin,
daß einem solchen Verlangen der Fabrikanten nicht
stattgegeben werden kann, und daß es Schindluder
mit der Organisation spielen hieße, wollte man in einen
Lohnkampf um durchaus berechnete Forderungen ein-
treten, und dann zwei Duzend Fabrikanten zu Gefallen
die Hauptgrundzüge unserer Organisation aufgeben,
d. h. die Segel streichen, nachdem schon nahezu M. 100 000
an Kampfmitteln verbraucht wurden.

So etwas giebt es nicht. In Stuttgart sind alle
Eventualitäten vor dem Kampfe erwogen. Eine gute
Organisation ist vorhanden, deren Angehörige sind keine
Eintagsfliegen sondern erprobte und geschulte Kräfte,
die schon oft dem Unternehmertum im offenen Kampfe
gegenüber standen, also auch verstehen, die Chancen des
Kampfes zu berechnen und ihre Maßnahmen darnach
zu treffen. Wir fürchten also nicht, daß in Stuttgart,
zum Schaden der Organisation und zum Nachtheile der
Kämpfenden selbst, etwas unternommen oder unterlassen
werden könnte.

Was uns beim Stuttgarter Kampfe interessiert, ist
die Thatsache, daß nämlich von denen, die nie Alle
werden, auch in Stuttgart genügend vorhanden sind,
nämlich Leute, die nichts gelernt und nichts vergessen
haben: die kleinen Innungsseelen. Trotz der heilsamen
Lehre, die den Berufskollegen der Innungsmeister Stutt-
garts in anderen Orten, wie Stettin, Rostock und München,
schon geworden ist, trotz der schlimmen Niederlagen und
enormen Schädigungen, die ihnen durch die Großunter-

nehmer, nach deren Lockpfeife sie hörten, schon bereitet
wurden, sind die Stuttgarter Kleinmeister noch nicht
geschickt geworden. Wer anders als die Großindustriellen
sind es denn, die dem Kleinmeister die Luft abdrücken,
seinen Untergang beschleunigen? Sind die Kleinmeister
auch nur entfernt im Stande, mit der Großindustrie
konkurriren zu können? Mit nichten. Immer kleiner
wird deren Zahl, die eine gewisse Selbstständigkeit be-
haupten, und immer mehr vergrößern sie das Heer
Derer, die lediglich auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft
angewiesen sind, um ein kümmerliches Dasein führen zu
können. Sollte für die Kleinmeister, deren Selbst-
ständigkeit nur Schein ist, ein Zusammenhalten mit den
um bessere Daseinsbedingungen kämpfenden Lohnarbeitern
nicht viel zweckmäßiger sein, als das täppische Nach-
treten in die Fußstapfen der Großindustriellen? Nur
ein Narr kann das Gegentheil behaupten. Durch die
Handlangerdienste, welche die Stuttgarter und die Klein-
meister anderer Orte den verbündeten Möbelfabrikanten
der Hauptstadt leisten, verschlimmern sie ihre eigene Lage,
indem sie die Konkurrenzfähigkeit der Großindustriellen
steigern und die Kauf- und Konsumfähigkeit des Arbeiter-
standes lähmen. Daß dadurch auch der Handwerker-
und Mittelstand in Mitleidenschaft gezogen wird, scheinen
die Kleinmeister noch nicht begriffen zu haben.

Ein Wunder ist das nicht, wenn man erwägt, daß
die geistigen Koryphäen des Handwerks keinen anderen
Vogel als die Kage kennen, d. h. nur alles Heil von
der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse er-
warten. Wie dem nun auch sei, ob die Handwerks-
meister mit den Fabrikanten gemeinsame Sache machen
oder nicht, ob sie Maßnahmen treffen, die einer in-
direkten oder direkten Aussperrung gleich zu achten
sind, das Eine ist sicher, der beabsichtigte Zweck: die
Organisation der Stuttgarter Schreiner lahm zu legen,
wird nie erreicht werden, im Gegentheil wird dieselbe
immer mehr gefestigt. Sehr viele Arbeiter, die bisher
von einer gewissen Loyalität der Unternehmer geträumt
haben, sind jählings aus dem Schlafe gerüttelt worden
und mit erschreckender Deutlichkeit ist ihnen klar ge-
worden, daß die vielgerühmte Harmonie zwischen
Kapital und Arbeit eine Phrase ist. Wo der Unternehmer
alleiniger „Herr im Hause“ sein, von einem in Ge-
meinschaft mit den Arbeitern festgesetzten Arbeitsvertrag
nichts wissen will, da hört das gegenseitige Vertrauen
auf, da kann das Recht nur auf dem Wege des
Kampfes erfochten werden. Und diesen Kampf werden
unsere Kollegen in Stuttgart zu Ende führen. Wollen
die Fabrikanten den Frieden, mögen sie den Arbeitern
entgegenkommen, sich aber nicht auf den Standpunkt
stellen, daß er nur dann eintreten könne, wenn die
Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung des Minimal-
lohnes und die Garantieung desselben bei Auford-
arbeiten fallen gelassen werden. Wir erklären nochmals,

daß wir auf diese Forderungen gerade den größten Werth legen, und sind überzeugt, daß, nachdem die Webefabrikanten verschiedene Proben ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiete des Terrorismus und der „Arbeiterfreundlichkeit“ dargeboten haben, die deutschen Holzarbeiter mit einer Beendigung des Kampfes unter anderen als den vorgenannten Bedingungen nicht einverstanden sein werden.

Wie wir soeben in der „Schwäb. Tagwacht“ lesen, beabsichtigt der Stadtschultheiß Verhandlungen zwecks Beendigung des Streiks herbeizuführen. Beide Parteien haben zustimmend geantwortet. Wir wollen hoffen, daß die Verhandlungen, welche dann schon beendet sein dürften, wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen, zu einem im obigen Sinne annehmbaren Resultat geführt haben.

Vor allen Dingen wenden wir uns mit der Bitte an die deutschen Kollegen, ihrer Pflicht, dem Kampfsfonds Mittel zuzuwenden, eingedenk zu sein. Konnte bisher, wie uns von Stuttgart berichtet wird, allen Anforderungen, die an die Kasse gestellt wurden, mit Leichtigkeit genügt werden, und sind die Mittel auch noch keineswegs erschöpft, so muß doch angestrickt der gegenwärtigen und der vielen noch in Aussicht stehenden Lohnkämpfe Vorsorge getroffen werden.

Es ist ja nun einmal so im Leben, daß, wenn man ernten will, man vorher gesät haben muß, und wenn man von der Organisation Vorteile erwartet und durch dieselbe seine wirtschaftliche Lage verbessern will, man ihr auch Mittel zuführen muß, damit sie leistungsfähig werde. Wo man diesem Grundsatz treu blieb, hat es nie an der Schlagfertigkeit einer Organisation gefehlt, und nur selten brauchten Kämpfe geführt zu werden, und wenn gewungenermaßen doch, so sind sie nicht ohne Erfolg beendet worden. Beides kann von unserer Organisation in diesem Jahre nicht unbedingt behauptet werden.

Der Umstand, daß in diesem Jahre längere und kostspieligere Kämpfe geführt werden, ist auf die straffere Organisation der Unternehmer zurückzuführen, und zum Theil — vielleicht scheint's auch nur so — ist die Aufmerksamkeit unserer Kollegen infolge der Agitation gegen das gefährliche Treiben der Zuchthausreaktionäre von den inneren Kämpfen in unserer Organisation abgelenkt worden. Das muß aufhören; die erste Gefahr des Zuchthausgesetzes ist vorüber; wir sind noch nicht in Sicherheit, aber jetzt heißt es, dem Kampfe der Kollegen mit den beruflichen Unternehmern ein größeres Augenmerk zuzuwenden, als bisher. Überall, wo sich Kollegen im Kampfe befinden, muß der Zuzug fern gehalten werden, und mit aller Entschiedenheit ist jedes Anfeuern, Streifarbeiten anzufertigen, zurück zu weisen. Das fehlt gerade noch, die aussperrungswütigen Unternehmer aus der Patzche zu reißen! Mögen sich die Herren nur selbst an den Strapfad stellen und einige Wochen schweigen, dann werden sie wohl nachgiebiger werden.

Vor Allem ist für die Folgezeit dieses Sommers das Sammelwesen eifriger zu betreiben. Kollegen! So groß die Opfer auch sein mögen, die der Einzelne für den wirtschaftlichen Kampf gebracht, und so unangenehm das Risiko auch empfunden wird, jetzt heißt's „Der Dien muß“. Wo man von allen Seiten auf uns einbringt, selbst die schmutzigsten Mittel nicht scheut, um die Lohnkämpfe unmöglich zu machen und Erfolge zu verhindern, da kann es nur einen Weg geben, der die Kräfte des Unternehmertums und ihrer Helfershelfer vereitelt: Die Konzentration der Gesamtmittel und Gesamtkräfte auf möglichst wenig Punkte. Jede Zersplitterung der Kräfte schadet der Organisation, erfordert viel Arbeit und Mittel und muß daher vermieden werden.

Kollegen Deutschlands! Arbeiten und wirken wir gemeinsam in diesem Sinne; suchen wir die Zahl der Streiter für materielle und sittliche Hebung des Arbeiterstandes zu mehren, indem wir sie der gewerkschaftlichen Organisation zuführen, und geloben wir uns, in allen Stürmen, wie schwer sie auch toben mögen, treu und unverbrüchlich zusammen zu stehen. Ein Bollwerk, das auf solcher Grundlage gebaut, wird allen Stürmen trotzen. Darum an's Werk, Kollegen, unverzweifelt vorwärts; der Sieg ist unser, trotz alledem.

Die Fabrikinspektion in Sachsen im Jahre 1898.

1. Daß Ereignisse von aufregender Wirkung, wie das Ebbauer Zuchthausurtheil und die Einbringung der Zuchthausvorlage, die gesamte Deffenalität beizubringen und sich in zahlreichen Rundgebungen wieder spiegeln, beweisen neben den Berichten der Handels- und Gewerbetreibenden, Arbeitersekretariate und sonstigen Organisationen auch die neuesten Fabrikinspektionsberichte, die wohl alle in mehr oder minder ent-

schlebener Weise zu den dadurch aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Auch die neuesten sächsischen Fabrikinspektionsberichte unterliegen diesem Einfluß, der sich freilich, echt sächsisch, in entgegengesetzter Weise äußert, als bei den süddeutschen Berichten. Während nämlich die Letzteren bemüht waren, die drohende Koalitionsentrechtung durch Hervorhebung des ruhigen, geselligen Verhaltens der Arbeiterbewegung abzuwehren und gegenüber den gehässigen, über angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften das oft viel rücksichtslosere Verhalten der Unternehmer und Unternehmerverbände in's hellste Licht zu rücken, fühlen sich eine Reihe sächsischer Aufsichtsbeamten zu freiwilligen Mitarbeitern der famosen Denkschrift und Begründern der Zuchthausvorlage berufen und schildern die vorgekommenen Streiks in einer Weise, die vermuthen läßt, daß ihre Quellen lediglich in Unternehmerkreisen zu suchen sind. Dabei wird jeder Fall von Bestrafungen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung sorgsam registriert. Wer die sächsischen Gepflogenheiten kennt, wird etwas Anderes kaum erwartet haben; indeß ist trotz des dicken Auftrages moralischer Entrüstung die tatsächliche Ausbeute an Denkschriftmaterial so kärglich, daß die Scharfmacher dabei schwerlich auf ihre Rechnung kommen, denn unter zirka 50 Streiks mit etwa 2000 Beteiligten kamen nur 5 Bestrafungen nach § 153 vor, und zwar in Höhe von 1 Woche bis 1 Monat Gefängnis, also für Sachsen so niedrige Strafen, daß es sich nur um die geringfügigsten Uebertretungen handeln kann. In Wirklichkeit sind es nicht einmal Uebertretungen, denn wenn ein Streikender in Dresden die Mutter eines Arbeitswilligen warnte, daß ihr Sohn nach Beendigung des Streiks jedenfalls „rausgeschmissen“ werde, oder wenn ein Anderer einen Arbeitswilligen „Streikbrecher“ nennt, so gehört dazu schon eine besondere Auffassung des § 153, um darin eine Drohung oder Ehrverletzung zu erblicken. Mit gutem Recht kann man behaupten, daß es für die streikenden Arbeiter ein glänzendes Zeugniß ihres geselligen, disziplinierten Vorgehens ist, wenn es den Behörden nur gelang, 5 leichte Uebertretungen unter 2000 Beteiligten zu konstatiren.

Die Berichte geben sich freilich trotzdem, als kämen bei den Streiks alle Schlechtigkeiten vor. Der Dresdener Beamte nennt es bezeichnend für den Uebermuth der Bauarbeiter, daß diese sich mit einzelnen, wegen Unfähigkeit Entlassenen solidarisch erklären. Die Taktik der Bauarbeitgeber, Agitatoren wegen angeblicher Unfähigkeit zu maßregeln, scheint dem Dresdener Gewerbeberath unbekannt zu sein. Der Leipziger Beamte schildert eine Anzahl von Streiks in der aus früheren Berichtsjahren bekannten Weise, aus der eine gewisse Geringschätzung, theilweise sogar Antipathie gegen die Ausständigen herauschaut; darunter sind einige Holzarbeiter-, bezw. Glaser- und Holzbildhauerstreiks, worin von „Unruhe stiftendem Agitator“, „vertragswidriger“ Handlungsweise, „Behelligung“, „Hinderung“ und „Beschimpfung“ von Arbeitswilligen zc. die Rede ist. Am schlimmsten kommt bei dieser Art von Berichterstattung der vorjährige Leipziger Formerstreik weg, wobei den Streikenden „unerfüllbare Forderungen“ und die Aufstellung „falscher Anschuldigungen“, die Belästigung der Mitarbeiter, Verhängung der Sperre, Postenstehen, Patrouillengang, Belästigung, Beschimpfung und Anspucken der Arbeitswilligen, ja sogar ein kompletter Betrug in die Schuhe geschoben wird, indem sie dem Unternehmer unter Vorpiegelung, Arbeitswillige zu ermitteln, durch dritte Personen Reisegeld abgeknöpft haben sollen. Natürlich verwahrt sich das Streikcomité der Former ganz energisch gegen diese Unterstellungen (ausgenommen die Arbeitsperre und das Postenstehen, beides Handlungen die heutzutage noch zur berechtigten Ausübung des Koalitionsrechtes gehören), insbesondere gegen den ihnen von Unternehmenseite angedichteten Betrug. Und das Merkwürdigste ist, daß die doch gewiß sehr eifrige Leipziger politische Polizei während des Formerstreiks keinen Grund zum Einschreiten fand, und daß weder ein Strafmandat, noch eine Verhaftung oder Verurtheilung erfolgt ist. Da werden die Gräueltaten der Streikenden wohl nur in der Phantasie des Unternehmers und seiner Arbeitswilligen ihren Grund haben, und doch haben diese ebenso unwahren, wie tendenziös gefärbten Schilderungen Eingang in den amtlichen Bericht gefunden, ohne daß deren Zuverlässigkeit durch Benennung der Streikleitung geprüft worden wäre.

Von speziellem Interesse ist auch eine Aeußerung des Weiskener Berichts über unseren Verband. Nach der Wiedergabe von Klagen der Direktion des Eisenwerks Rauhhammer über die systematische Erregung von Unzufriedenheit seitens des deutschen Metallarbeiterverbandes, der sogar einen speziell für das Werk bestimmten Agitator angestellt habe und auf einen

Generalstreik (?) hinstrebe, heißt es im Bericht: „Auch der Holzarbeiterverband verfolgt fortgesetzt ähnliche Zwecke und übt besonders einen Druck auf die Arbeitgeber aus, Nichtverbandsmitglieder, welche sich mit den zum Verbandsgehörigen Personen schlecht vertragen, zu entlassen.“ Daß der Holzarbeiterverband einen Generalstreik oder etwas Aehnliches vorbereite, wird unseren Mitgliedern ebenso wie der Verbandsleitung neu sein. Wenn aber einzelne Holzarbeiter vom Arbeitgeber die Entlassung unverträglicher Kollegen verlangen, so geschieht es sicher eben dieses jedes gezielte Zusammenarbeiten störenden Benehmens wegen. In einem Berufe mit solch' hoher Unfallgefahr riskirt jeder Arbeiter Leben und Gesundheit, wenn er sich nicht einigermaßen auf seine Mitarbeiter verlassen kann. Das Gleiche geschieht auch in Betrieben, wo keine organisirten Arbeiter stehen, sondern lauter Kriegervereiner zc., und wo Unverträglichkeiten noch viel häufiger vorkommen. Bei organisirten Arbeitern werden aber die natürlichsten Handlungen als Terrorismus hingestellt, und dann heißt es: dagegen helfen nur Verschärfungen der Strafgesetze. Wie müßten dann die Strafbestimmungen gegen die Unternehmer verschärft werden, wenn hier auch nur halbwegs mit gleichem Maße gemessen würde? Da sind z. B. seit 1897 die Jugendschutzvergehen von 1708 auf 1769, die Arbeiterinnenschutzvergehen von 291 auf 332 Fälle angewachsen. Da im Berichtsjahre nur 7808 Fabrikunternehmer Jugendliche und 6630 bezgl. erwachsene Arbeiterinnen beschäftigen, und Jugendschutzvergehen in 1200 Fabriken, Arbeiterinnenschutzvergehen in 304 Fabriken ermittelt wurden, so kommen auf je 1000 der betr. Unternehmer 242 Jugendschutzvergehen in 164 Anlagen, bezw. 50 Arbeiterinnenschutzvergehen in 46 Anlagen, während unter 2000 Streikenden nur 5 Uebertretungen vorkamen. Während aber die sächsischen Behörden beileibe keine Koalitionsausbreitung ungeahndet lassen, wurden von den Jugendschutzsündern nur 55, von den Arbeiterinnenschutzsündern 16 bestraft. Dabei handelt es sich um zahlreiche Fälle, die das Gesetz (§ 146 der G.-D.) mit doppelt so hoher Gefängnisstrafe bedroht, als die Maximalstrafe des § 153. Die höchsten in den Berichten mitgetheilten Strafen sind aber Geldstrafen von M. 20—35 und in je einem einzelnen Falle M. 50 und M. 60. Bellagt sich doch der Zittauer Beamte, daß die niedrigen Strafen nicht geeignet seien, die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften zu fördern, wofür in den Berichten bezeichnende Beispiele in Fülle zu finden sind.

So sieht es mit der Gesellichkeit der Unternehmer aus, die für streikende Arbeiter Zuchthausgesetze fordern, sich selbst aber, Dank einer höchst auffälligen Nachsicht der Behörden und Gerichte, so sicher wähnen, daß sie ganz ungenirt die Gesetze mit Füßen treten. Wie das Unternehmertum dabei zu Werke geht, davon geben der Freiburger und Annaberger Bericht (übrigens unter allen 13 die sachlichsten) eine Reihe charakteristischer Beispiele. Da verpachtete nämlich der Besitzer eines Drehwerkes Arbeitsplätze an jugendliche, 15 bis 16 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, die nun als sogenannte selbstständige Unternehmer sogar während der Nacht arbeiteten. Andere beschäftigten Kinder in Nebenanlagen und in der Hausindustrie, und ein Schläumeyer, der sich der Verantwortlichkeit für die Arbeiterschutzübertretungen entziehen wollte, setzte einen 18jährigen Kommiss als „Betriebsleiter“ ein, was ihm aber nichts half. Im Bezirk Plauen brach ein auf einem Fabrikhof mit Holzaussichten beschäftigter Schullnabe durch Einsturz eines Hauses ein Bein. Im Bezirk Dresden gab ein Buchdruckerbesitzer, der Arbeiterinnen an Sechsmaschinen Sommers länger als bis 5 1/2 Uhr beschäftigen wollte, dieselben als „typographische Beamtinnen“ mit Monatslohn und monatlicher Kündigung an, hatte aber mit seiner seltsamen Auffassung kein Glück. Die engherzige Auslegung des Fabrikbegriffes, die zahlreichen Unternehmern in Sachsen die Kinderausbeutung ermöglicht und u. A. sogar Konfektionsbetriebe mit 165 Arbeiterinnen außerhalb der Arbeiterschutzvorschriften stellt, hat übrigens zur Folge gehabt, daß bei der Zählung der Betriebe eine Anzahl der kleineren, deren Fabrikcharakter zweifelhaft war, ausgeschlossen wurde. So wird in Sachsen der Geltungsbereich des Arbeiterschutzes eingeschränkt, statt denselben zu erweitern, und die Unternehmer veräumen selten, in Konfliktfällen eine gerichtliche Entscheidung zu provoziren, bei der in der Regel zu Gunsten ihrer Auffassung entschieden wird.

Die Betriebs- und Arbeiterzählung läßt eine erhebliche geringere Zunahme der Betriebs- und Arbeiterzahl, als in den vorhergehenden Jahren erkennen, ein Zeichen, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat und die Depression langsam beginnt. Darauf deuten

auch andere Thatsachen hin, so das Nachlassen der Ueberstunden- und Nacharbeit in der Maschinenindustrie und einzelnen Textilbranchen, die Erweiterung der Textilkrise, verbunden mit Konkursen, Betriebsstellungen und Arbeiterentlassungen, das allmähliche Steigen der Arbeitslosigkeit (in Chemnitz beschäftigte ein Wohlfühlvereinsverein 4953 Arbeitslose mit Holzhacken) und die Zunahme des Pferde- und Hundefleischkonsums, die aus dem Bezirk Chemnitz, Annaberg und Zittau berichtet wird. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter kann daher nicht so günstig beurteilt werden, wie die Berichte sie hinstellen, um so weniger, als die Mietpreise der Arbeiterwohnungen, theilweise auch die Lebensmittelpreise, noch fortgesetzt im Steigen begriffen sind. Wenn auch noch gerade keine besondere Nothlage herrscht, so wird sie doch kaum lange mehr auf sich warten lassen, da die Regierungen wohl den Agrariern, dem Mittelstand, den Industriellen, keineswegs aber der Arbeiterklasse helfen. Das beweist zur Genüge die Aufrechterhaltung der Schweinesperre und die Förderung der Umsatzsteuerprojekte gegen die Arbeiterkonsumvereine, die selbst von den Inspektionsberichten als Vermittler billiger Lebensmittel gelobt, von den Gemeindeverwaltungen aber durch Strangulationssteuern untergraben werden.

Nach einzelnen Berichten sind die Löhne theilweise bis um 10 pSt. gestiegen, nach anderen wurden auch Lohnvermindernngen bemerkt; die Lohnzulagen mußten in der Regel erst durch die Macht der Organisation errungen, bezw. durch Streiks erkämpft werden. So haben sich die Leipziger Modellstecher einen Mindestlohn von 45 p pro Stunde erobert. Nach einer Lohnskala des Annaberger Bezirks verdienen dort Arbeiterinnen in Spielwaarenfabriken jährlich etwa M. 3—400, geübtere M. 4—500; Arbeiter derselben Branche, sowie Schnitzer in Holzschleifereien und Tischler, jüngere Holzdreher und Holzarbeiter im Allgemeinen, sowie ältere Schneidemüller M. 5—600; tüchtige Tischler, Tapezierer, Kistenbauer, Holzbildhauer, Dreher, Schneidemüller, Holzbohrer und -polierer, Zuschneider, Spielwaarenarbeiter und Holzarbeiter im Allgemeinen M. 6—800, geschicktere Arbeiter dieser Branchen M. 800—1000, sehr tüchtige Kunst- und Möbeltischler, Bildhauer z. M. 1000—1200, desgleichen Wertmeister. Dies würde Wochenlöhnen von M. 6—10 für Arbeiterinnen und M. 10—23 für Arbeiter entsprechen, worunter die höheren jedenfalls als seltene Ausnahmen paradien. Denn der Annaberger Bezirk bildet den Mittelpunkt der erzgebirgischen Industrie und das besagt genug.

Derselbe Bericht beklagt auch den völligen Mangel eines Gewerbegerichts, dessen Dasein dem Aufsichtsbeamten die Arbeit wesentlich erleichtern würde. Hierzu sei bemerkt, daß die Bezirke Meißen und Aue, sowie Freiberg und Wurzen unter demselben Mangel leiden und daß selbst namhafte Städte, wie Reichenbach, Werbau, Annaberg-Buchholz, Meißen, Freiberg zc., kein Gewerbegericht besitzen. Der Widerstand der Gemeindeverwaltungen gegen diese Institution kann eben nur durch ein reichsgesetzliches Obligatorium überwunden werden.

Die Unfallsstatistik weist auch diesmal eine weit höhere Zunahme der Unfälle als die der beschäftigten Arbeiter auf; die Unfälle stiegen seit 1897 von 17 694 auf 19 372 oder um 9,5 pSt., die Arbeiterzahl nur um 4 pSt. Man wird nicht fehl gehen, dieses fortwährende Anwachsen der Unfälle auf die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskräfte zurückzuführen. Nach Wochentagsstatistiken der Berichte von Annaberg, Döbeln und Zittau entfielen in diesen 3 Bezirken auf Sonntag 13, Montag 169, Dienstag 175, Mittwoch 180, Donnerstag 163, Freitag 159 und Sonnabend 177 Unfälle. Eine bestimmte Folgerung läßt sich aus diesen Zahlen nicht ziehen.

Daß die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer in breiter Weise gewürdigt werden, sind wir nachgerade gewohnt. Wenn aber der Leipziger Bericht lebend hervorhebt, daß eine Buchdruckerei ihren mindestens 5 Jahre bei ihr thätigen Arbeitern bei Hochzeit oder Todesfall in der Familie freien Urlaub und den Militärpflichtigen zum Besuch der Kontrollversammlung 2 Stunden Freizeit ohne Lohnabzug gewährt, so wirkt dieses großartige Beispiel der Unternehmerfürsorge sicher nur belustigend.

Unser Schlusurtheil über die sächsischen Berichte steht seit Jahren fest. Vor Kurzem nannte Graf Posadowsky im Reichstage die Fabrikinspektoren die Hausärzte des Arbeiterschutzes. In Sachsen trifft dieser Vergleich am allerwenigsten zu; hier kann man die Inspektion nur als Vertrauensorgan des Unternehmertums bezeichnen. Ihre ganze Stellungnahme athmet die größte Rücksicht gegen die Arbeitgeber, dagegen die vorurtheilsvollste kritische Schärfe gegen die Arbeiterbewegung. Die Nichtigkeit dieses Urtheils

mögen zwei Hinweise begründen: In fast allen Bezirken war der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitgebern ein befriedigender, wie die Berichte mittheilen, dagegen ließen sich Arbeiter selten blicken. In Chemnitz waren von 222 Besuchern der Gewerbeinspektion 150 Unternehmer und 57 Techniker, sowie 8 Beamte und 2 durch Betriebe benachtheiligte Nachbarn — aber nur fünf Arbeiter. Und der Freiburger Beamte berichtet, daß der Verkehr mit Arbeitern an Revisionsstelle gering sei, da die bei Revisionen gegenwärtigen Arbeitgeber sich meist verlegt fühlen, wenn der Beamte an einen Arbeiter Fragen richtet. „Nur in einem Falle“, heißt es weiter, „stellte der Arbeitgeber nach beendeter Revision dem Beamten anheim, sich allein mit den Arbeitnehmern zu besprechen, mit dem Hinzufügen, daß dies in seinem früheren außerhalb Sachsen gelegenen Wirkungskreise von den Aufsichtsbeamten ebenfalls in dieser Weise gehandhabt worden sei.“ Dieses naive Zugeständniß des Widerspruchs sächsischer und ausländischer Praxis genügt vollumfänglich zur Rechtfertigung unseres obigen Urtheils und bildet zugleich den wertvollsten Lichtpunkt des ganzen Berichtsbandes. Leider ist dieses amtliche Selbsturtheil nur zu wahr: im Obotritenlande wird man sich künftig dagegen verwahren, in sozialpolitischer Beziehung mit Sachsen auf dieselbe Stufe gestellt zu werden.

Das Koalitionsrecht vor dem preussischen Herrenhaus.

Der Staat ist gerettet. Graf Mirbach hat mit Unterstützung zahlreicher anderer edler und erlauchter Herren im preussischen Landtage folgenden Antrag eingebracht:

„Das Haus spricht seine Befriedigung aus, daß die Staatsregierung im Bundesrath und Reichstag für die Verlegung eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses eingetreten ist. Das Haus erwartet, daß die Staatsregierung an dem von ihr bei diesem Gesetzentwurf eingenommenen Standpunkt unentwegt festhalten wird.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt über die Verhandlung, welche am Mittwoch voriger Woche stattfand:

„Es ist ja nicht das erste Mal, daß das preussische Herrenhaus sich um Reichsangelegenheiten kümmert. Wir erinnern nur an den in der letzten Session gefaßten Beschluß bezüglich der Deckung der Unkosten für die Flottenvorlage, wir erinnern ferner an die bekannte Staatsstreichrede des Grafen Mirbach, in der er die gewaltsame Abschaffung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts forderte, wir erinnern schließlich an das erst vor Monaten von dem Grafen Minckwitz im Herrenhause erhobene Verlangen, die Sozialdemokratie so zu behandeln, als wenn das Sozialistengesetz noch in Kraft wäre. Aber all jenen Vorstößen, so unangebracht sie auch waren, lag doch immerhin ein gewisser Sinn zu Grunde; man bezweckte damit, die preussische Regierung scharf zu machen für die Pläne der schwärzesten Reaction. Für das heutige Vorgehen der Herrenhäuser hingegen fällt selbst dieser Grund fort. Hat doch die Regierung erklärt, daß sie auf ihrem Standpunkt verharret, und giebt sie sich doch jetzt während der Beratung des Reichstages die denkbar größte Mühe, mittelst der Landrathspresse für ihre Vorlage Stimmung zu machen! Wozu also der Antrag? Oder will das Herrenhaus damit lediglich der Regierung in ihrem Unglück Trost spenden?“

Die Beratung des Antrages selbst war, namentlich wenn man die lebendigen Verhandlungen des Reichstages damit in Vergleich zieht, recht langweilig. Nicht einmal zu einigen Kraftworten, mit denen man das Wörterbuch parlamentarischer Redewendungen bereichern könnte, rafften sich die Herren auf. Und wie konnten sie doch sonst so gut schimpfen? Wie lieblich klang sonst das Wort von den „Auseinandersetzungen“ im Munde Königs Stumm! Aber ach! Der Allgewaltige weilt fern vom Herrenhause, er konnte den Verhandlungen nicht beiwohnen, und die übrigen „Edlen und Weisen“ können es ihrem Herrn und Meister noch nicht gleich thun.“

Der frühere Präsident des Reichstages von Levetzow begründete den Mirbach'schen Antrag und trat, wie nicht anders zu erwarten, für die Zuchttausbildung ein, ließ aber durchblicken, daß der § 8, welcher die Zuchttausbildung enthält, nur um deswillen der Vorlage eingefügt sei, weil dieselbe in der bekannten Deynhauser Rede versprochen war. Der Handelsminister Drefeld dankte für die freundliche Unterstützung, sagte sich aber jedenfalls, daß der Liebe Mühe umsonst sein würde. Der Antragsteller Mirbach trat dann in die Schranken, sprach von dem Unglück der Streiks, schimpfte auf die sozialdemokratischen „Verführer“ und hielt die Annahme der Zuchttausbildung für durchaus im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt liegend. Etwas Anderes kann natürlich von einem Vertreter des Junkertums nicht erwartet werden. V. Mantuffel geht die Vorlage noch nicht weit genug, sie enthalte knapp Das, was die Konservativen wünschten. Zuchttausbildung für das geringste Streikvergehen, ja für das Streiken überhaupt, das wäre so recht nach dem Herzen dieses Junkers. Gegen den Antrag sprachen der Oberbürgermeister Becker-Köln und Professor Schmoller. Ersterer betonte aber ausdrücklich, daß die große Mehrzahl seiner nationalliberalen Freunde die Tendenz der Vorlage, auf die sich der Antrag bezieht, billige und nur der Ansicht sei, daß für den Antrag Mirbach zur Zeit kein Grund vorliege, und daß die Wirkung desselben auf den Reichstag die umgekehrte sein werde von der, die sich die Antragsteller davon versprechen. Bedeutungskvoller war die Schmoller'sche Rede, der sich auf den Standpunkt der Reichstagsmehrheit stellte, obwohl er von jeher die Schattenseiten des heutigen Koalitionsrechtes unbedingt anerkannt habe. Aber gegenüber den bestehenden Verhältnissen sei die Koalitionsfreiheit das einzige Mittel, um in einem Staate mit freier Konkurrenz auch den freien Konkurrenzkampf bezüglich der Lohnverhältnisse so zuzulassen, wie er für alle anderen Kreise bestehe. Mit der Zeit allerdings müsse man aus diesen Zuständen herauskommen, aber nicht dadurch, daß man Erschwerungen herbeiführt, die von den Arbeitern als Ungerechtigkeit empfunden werden. Die Vorlage wäre diskutabel, wenn sie verbunden wäre mit einer Reform

des Koalitions- und des Vereinsrechtes und wenn man den Arbeitern einige Konzessionen gegeben hätte.!!! Statt dessen habe man neue Strafbestimmungen geschaffen, die gewiß der besten Absicht entsprungen seien, die aber nothwendiger Weise einen falschen Schein hervorriefen, mit dem man bei den Massen rechnen müsse. Das Volk habe das Empfinden, daß mit ungleichem Maße gemessen werde, und so lange dieser Schein bestehe, würde er als Mitglied des Reichstages der Vorlage nicht zustimmen können.

Mit 72 gegen 22 Stimmen wurde dann der Antrag, welcher sich gegen die Reichstagsmehrheit wendet, angenommen. Die Beschlußfassung des Herrenhauses wird natürlich an dem Urtheile über die Zuchttausbildung nichts ändern, auch nichts an der Thatsache, daß trotz der gegentheiligen Behauptungen der preussischen Junker ein verschiedenes Recht für Arbeiter und Arbeitgeber geschaffen werden soll.

Für die Arbeiterklasse hat die Diskussion im Herrenhaus von Neuem gezeigt, wohin der Kurs steuert, und daß sie um so mehr auf der Hut sein muß, je mehr die reaktionären Elemente ihre hinterlistigen Anschläge gegen das Koalitionsrecht vorbereiten.

Zum Streik der Stuttgarter Möbelarbeiter.

Heute, mit dem Beginn der zehnten Woche, ist der Stand des Streiks noch unverändert. Es wird mit jedem Tage offenkundiger, daß die Fabrikanten den Streik zu einer Wachtprobe gemacht haben. Die Verkürzung der Arbeitszeit könnten sie wohl bewilligen; sie wollen aber als Steger aus dem Kampfe hervorgehen, um alsdann nach ihrer Laune die Arbeitsbedingungen diktiert zu können. Diese ihre Absicht haben uns die Fabrikanten in der vorigen Woche recht deutlich vordemonstrirt. Der hiesige Oberbürgermeister hat den Versuch gemacht, durch Verhandlungen unter seinem Vorstich dem Streik ein Ende zu machen. Wir erklärten uns auch zu den Verhandlungen bereit, nicht so die Fabrikanten. Zwar haben sie die Verhandlungen nicht abgelehnt, doch stellten sie die Bedingung, daß wir vorher unsere letzte Hauptforderung, die neunstündige Arbeitszeit, fallen lassen sollen. Auf diese Zumuthung sind wir nicht eingegangen und wird demnach aus den Einigungsverhandlungen wohl nichts werden. Wir sind der Meinung, daß zu solchen Verhandlungen beide Theile ohne jede Vorbedingung sich bereit erklären müssen; in den Verhandlungen selbst muß es sich dann herausstellen, ob eine Einigung möglich ist. Für uns ist übrigens damit nichts verloren, wenn aus den Verhandlungen nichts wird. Die streikenden Kollegen sind fest entschlossen, den Kampf so lange fortzusetzen, bis unsere Forderungen bewilligt sind.

An unsere auswärtigen Kollegen richten wir wiederholt die bringende Mahnung, uns nach jeder Richtung hin genügend zu unterstützen. Vor Allem sorgt dafür, daß der Bezug streng fern gehalten wird und daß keine Arbeiten für die Stuttgarter Fabriken gemacht werden. Wird dieses genügend befolgt, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die Fabrikanten genöthigt sein werden, unsere Forderungen zu bewilligen.

Rundschau.

Die Zwangsinnungen, das Ideal der Euler-Jakobscötter, gehen süten. Die früheren Freunde dieser Innungen sind heute deren Gegner. Jammert die „Allgem. Handwerkerzeitg.“ Mit der Wiederaufhebung der Zwangsinnung in Mainz haben die Mitglieder der Tapeziererinnung den Anfang gemacht. Eine ganze Anzahl anderer Innungen folgen diesem Beispiele.

Das ist Pech für die alten Innungskämpen und deren konservative Hintermänner.

Die Zwangsinnung mündgerecht machte die Innungsleute, der Reichs- und Landtagsabgeordnete, Tischlermeister Euler den Berliner Tischlermeistern in einer „großen“ Versammlung am 6. Juli. Es ist auch hohe Zeit, daß der großen Zahl widerpenstiger Berliner Tischlermeister endlich einmal von einem berufenen Innungsfanatiker etwas besser zugefetzt wird, denn „es wäre eine Schmach, wenn gerade hier in Berlin, einer Stadt, auf die z. B. das ganze deutsche Handwerk blickt, durch die Indolenz einiger die Vortheile und Segnungen der Zwangsinnung verloren gingen“. So sprach er, der Centrumsmann, salbungsvoll und ohne Geopolter; wie Milch und Honig, so süßig und süß floß der Segen der Zwangsinnung aus seinem Munde. „Zwang und Pflicht, wie innig sind diese Begriffe miteinander verwandt! Ist der Zwang denn wirklich so schlimm? Sehr leicht läßt sich aus der Zwangsinnung eine Pflichtinnung machen!“ Hört's Tischlermeister, wie unsagbar Ihr uns, die Führer, die wir uns die Zunge wund geschrien haben nach dem Zwange, blamirt, wenn Ihr jetzt die Segnungen des Zwanges nicht einsehen wollt! So sprach er bittend und zürnend zugleich, einige grollende Blicke nach der Stelle hinwerfend, die innerhalb der Berliner Tischlermeisterei gegen den Zwang offen und ehrlich gekämpft hat. Was der Innungsheilige sonst noch Alles des Segens einer Zwangsinnung zu erzählen wußte, sei unseren Kollegen geschenkt, es spricht für alles Andere, nur nicht für eine Zwangsinnung. Von all' den Tugenden, die er den Herren andichtete, ist wirklich nicht viel zu spüren. Der Kampf um's Dasein einerseits und die Proffthucht andererseits, haben so ziemlich jedes edle Gefühl in der Mehrzahl der Tischlermeister erstickt. Was der Herr sonst noch zu sagen wußte, daß z. B. die Grenze des Befähigungsnachweises in den Industrien nicht so eng gezogen werden könne, ist ja richtig, damit spricht er aber aus, daß auch zwischen Handwerk und Großindustrie eine Scheidung nicht gemacht werden kann und das wollen die Innungshäupter auch garnicht. Im Gegentheil, sie lecken heute schon die Finger nach den hohen Beiträgen der Großindustriellen und würden diese geschätzten Beitragszahler gerne zu Ehrenmitgliedern ernennen, wenn sie nur kommen wollten. Es handelt sich doch in Wirklichkeit bei dem ganzen Innungsummel nur um zweierlei, einmal um das „Auf den Sand setzen“ der kleinen nichtleistungsfähigen Handwerker als Schundkonkurrenten, wogegen wir garnichts einzuwenden haben, und

zum Anderen um die gemeinsame Unterdrückung und Terrorisierung des Gesellenstandes. Man sucht eben auf dem Wege der Zwangs-

Das zu erreichen, ist die wirkliche Absicht der Zwangs-

Das giebt zu denken. Die den Besern der „Solzarbeiter-

Hier also wegen einiger Worte, die der Angeklagte in der

Unternehmerterrorismus. Die Grimmitzhauser Textil-

Zu den Bergarbeiterunruhen im Ruhrgebiet, die

Zu vielen Tausenden holt man die polnischen Arbeiter in's

Diese Glühreden der Arbeitwilligen, diese lieben Kinder, diese

der Arbeiter des betreffenden Bezirks; weil man mit Drohungen,

Sind die armen Opfer denn die Schuldigen? Nein,

Wir riefen nicht diese Geister, die Arbeiterverächter thaten

Wir erklären offen: Für uns sind die Teilnehmer an den

Die polnischen Proletarier sind unsere Brüder!!! Ihr

„Arbeiterfreundliche“ Retter in der Noth. In

„Herr Bache, der in den Kreisen der Hirsch-Dunder'schen

In der von Herrn Bache geleiteten Schule fordert er die

Vor uns liegt folgendes Schriftstück im Original:

Herrn Ingenieur Wichmann!

Für Diejenigen, die den Ingenieur Wichmann nicht kennen,

Man darf gespannt sein, was die Leipziger Schulbehörde

Strengste Neutralität ist auch wohl das Mindeste, was man

Frauenarbeit in Fabriken. Die preussischen Gewerbe-

Name und Stand (ob Frau, Witwe, geschieden, separat);

Schließlich folgt noch die Frage, welche sittlichen und wirt-

Es ist ausgeschlossen, daß bei der beabsichtigten einseitigen

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden

Edeln. An den Kollegen der seit sechs Wochen gesperrten

zum Kaffee ein trockenes Brötchen, zum Frühstück eine mangel-

Verne. Hier sprach am 24. Juni Kollege Schmidt,

München. Wir waren in der Lage, den Kollegen Deutsch-

1. Verschiedene Ansicht der Arbeiter unter sich. 2. Aufrichtigkeit

Prinzipienlosigkeit und Stumpfsinn, Unver-

darum diese Wuth, weil die Herren Wagnermeister eingesehen,

Schumann en miniature, die Wagnergehülften haben ihre Lage

erschuldigt durch mehrere Hamburger Arbeitsnachweise (Stern & Co.

Deinhäusen. Schon oft ist hier seitens der Verwaltung

Erste Gaukonferenz des 24. Gaues, abgehalten am 2. Juli in Mannheim (Baden).

Anwesend waren 28 Delegierte aus 19 Zahlstellen: Alzei, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Frankenthal, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim, Metz, Neustadt a. d. S., Pforzheim, Pirmasens, Saarbrücken, St. Ingbert, Speier, Weinheim, Worms; nicht anwesend war Landau.

Ferner waren vertreten vier Mitglieder des Gauvorstandes sowie ein Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Schneegäß aus Stuttgart.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauvorstandes und Kassensbericht. 2. Bericht der Delegierten der einzelnen Zahlstellen. 3. Unsere Agitation. 4. Verschiedenes.

Das Bureau besteht aus den Kollegen Kahser, erster Vorsitzender; Gwald-Karlsruhe, zweiter Vorsitzender; Seifert-Mannheim, Willmer-Ettlingen, Schriftführer; als Revisoren Döring-Ludwigshafen, Hempel-Frankenthal, Jälle-Karlsruhe.

Zu Punkt 1 erstattet Kahser-Mannheim den Bericht des Gauvorstandes und Arnold-Mannheim den Kassensbericht. Die Kasse wurde revidiert und für richtig befunden und dem Kassier Decharge erteilt.

Anträge gingen ein von Saarbrücken und Ettlingen.

Antrag 1, Saarbrücken: Alle viertel Jahr einen Redner nach den Zahlstellen zu entsenden, wurde abgelehnt, soll jedoch auf Wunsch, bei Bedarf von Rednern in den Zahlstellen, vom Gauvorstand erledigt werden. Antrag 2: Alle viertel Jahr einen Situationsbericht in der „Holzarbeiterzeitg.“ zu bringen, wurde angenommen mit der Aenderung: halbjährlich solchen zu veröffentlichen.

Antrag Ettlingen: Den kleinen Zahlstellen unter 20 Mitgliedern die Reisekosten zu vergüten, wurde abgelehnt, jedoch bleibt es dem Gauvorstand überlassen, denselben eine Vergütung zu gewähren.

Jälle-Karlsruhe und Willmer-Ettlingen halten mehr auf Werkstattagitation, um die fernstehenden Kollegen dem Holzarbeiterverbande zuzuführen.

Kollege Schneegäß-Stuttgart wünscht, daß die Delegierten ihre Berichte aus den Zahlstellen vorbringen, denn daraus ersehe man am besten, wie die Verhältnisse liegen.

Punkt 2: Bericht der Delegierten. Es wurden von Seiten der Zahlstellen im Allgemeinen über die große Futereislosigkeit der uns fernstehenden Kollegen geklagt, welche doch wahrlich alle Ursache hätten, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, als in anderen Vergnügungsvereinen ihr sauer verdientes Geld zu verbrauchen; zumal in Durlach, wo noch elf Stunden gearbeitet wird, ist es speziell die Maschinenfabrik Ortigner, über deren lange Arbeitszeit Klage zu führen ist. Diese Zahlstelle hat besonders viel unter Vorkriegszeiten zwischen den Mitgliedern zu leiden.

Heidelberg hat noch 11stündige Arbeitszeit. Die Kollegen haben ihre Forderungen eingereicht.

Kaiserslautern geklagte die Firma Gkel.

Karlsruhe befindet sich in nicht günstigen Verhältnissen; von 800 Holzarbeitern sind 200 organisiert, weshalb die letzte Lohnbewegung nicht zu ihren Gunsten ausfiel.

Ludwigshafen geklagte die Kollegen der Soda- und Ammoniumfabriken. Es besteht die 9stündige Arbeitszeit, für Ueberstunden 20 % Lohnzulage.

Mannheim errang die 9stündige Arbeitszeit und 25 % Lohnzulage für Ueberstunden. Der Durchschnittslohn beträgt 38 M pro Stunde. 400 Kollegen sind organisiert.

Ettlingen hat im Allgemeinen noch annehmbare Löhne, speziell in der Maschinenfabrik, wo sämtliche Arbeiter organisiert sind. Dorthin ist der Durchschnittslohn 41 M, im Afford 45 M pro Stunde; es werden zehn Stunden gearbeitet. Die Kollegen der Karlsruhe und Durlacher Modellschreiner merken.

Metz. Es wurde die Zahlstelle von Seiten der Regierung schon mehrere Male verweigert, so auch jetzt. Die französischen Arbeiter arbeiten noch 12-13 Stunden. Der Durchschnittslohn beträgt M 2,80. Es wäre erwünscht, die Vorträge in französischer Sprache zu halten.

St. Ingbert hat viel unter der Polizei zu leiden, auch haben die Kollegen Mangel an Lokalitäten.

Speier. Es sind fast alle Kollegen organisiert. Der Durchschnittslohn beträgt M 2,70; derselbe ist erfreulich gestiegen.

Pirmasens hat Macheur mit der Verwaltung. Die Arbeitszeit ist von 66 auf 61 Stunden reduziert worden.

In Pforzheim sind die Kollegen gut organisiert, dank der guten Verwaltung, und hat die Zahlstelle einen guten Stamm von Kollegen. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde anerkannt.

Punkt 3. Nachdem die Berichte der Delegierten erstattet, erhält Kollege Geiß-Mannheim das Wort. Derselbe gab den Delegierten wertvolle Rathschläge, wie sich dieselben ihrer Aufgabe ihren Zahlstellen gegenüber zu entledigen hätten, um Alles zu verhindern, daß die Kollegen, welche dem Verbande fernstehen, nicht abgelehnt würden, und hofft, daß die Delegierten in ihren Verwaltungen darüber Mittheilung machen. Kollege Geiß hat durch seine vortrefflichen Ausführungen sich den Dank der Delegierten erworben.

Kollege Gwald-Karlsruhe bekräftigte das Vertrauensmännersystem und empfahl solches auf's Wärmste.

Kollege Kilian-Pforzheim bekräftigte, daß bei einer Wahl nur die durchaus tüchtigsten Kollegen in den Vorstand zu wählen sind, denn die Förderung der Organisation liegt gänzlich an den Verwaltungsmittgliedern.

Dufelmayer-Mannheim stellt den Antrag, Flugblätter, den örtlichen Verhältnissen angepaßt, werden vom Gauvorstand auf Wunsch freizulassen.

Nachdem die Tagesordnung soweit erledigt, wurde vom Gauvorstand dem Vertreter des Hauptvorstandes, Kollegen Schneegäß, das Schlusswort erteilt.

Derselbe richtete die Bitte an die Delegierten, sich immer mehr der Organisation zu widmen, und speziell auf den nächsten Kongreß unser Augenmerk zu richten. Denn schon jetzt müssen wir uns ernstlich mit der Frage befassen, die Arbeitslosen-Unterstützung betreffend, welche Frage wieder aufgeworfen werden würde. — Wir danken Kollegen Schneegäß für die Ausführungen. Dann wurde vom Gauvorstande die Erste Gaukonferenz mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation geschlossen.

NB. Da Kollege Kahser als Hilfsarbeiter in das Verbandsbureau berufen wurde, sind bis auf Weiteres sämtliche Briefe an Jos. Seifert, Schreiner, Mannheim, T 3, 4, 2. Et. zu senden. Selber nach wie vor an Georg Arnold, K 3, 17, 3. Et.

Eingelandt.

Auf der am 2. April d. J. zu Moskau abgehaltenen Konferenz des dritten Gaues gelangte u. A. ein Antrag der Zahlstelle Biberach zur Annahme, dem die schwersten Bedenken entgegen stehen, und der, weil er in dem Bericht des Gauvorstandes über diese Konferenz nicht einmal dem Sinne nach richtig wieder gegeben ist, hiermit den Kollegen unterbreitet werden soll. Derselbe lautet: „Jeder größeren Zahlstelle wird vom Gauvorstand ein Bezirk zugewiesen, in welchem dieselbe Mitglieder für den Verband zu gewinnen sucht und mit diesen in Fühlung bleibt.“ Die Richtung dieses Beschlusses ist die der persönlichen Annäherung. Das ist gewiß die praktischste Agitationsmethode und daß hierfür den Zahlstellen seitens des Gauvorstandes genügend Spielraum gelassen werden muß, versteht sich am Rande. Den für die im Beschlusse bezeichneten Aufgaben hiesiger Zahlstellen würde auch ohne einen solchen nichts zu deren Ausführung im Wege gelegen haben. Aber der Nachtheil resp. die Unausführbarkeit des Beschlusses liegt in der generellen Bestimmung, daß die, diesen Aufgaben nicht gewachsenen Zahlstellen dennoch damit betraut werden sollen und so unter Umständen das Gegenteil des gewollten Zweckes vollbringen, eine Hemmung der Agitation. Was heißt überhaupt „jede größere Zahlstelle?“ — Einige, die für unseren Gau als solche zu bezeichnen sind, haben sich schon auf der Konferenz als insolvent gegenüber derartigen Aufgaben bezeichnet. Und wie steht es mit der Einheitlichkeit der Agitation bei dieser Bezirks-eintheilung, wo eine jede Zahlstelle in die Lage kommt, die ihr geeignet scheinenden Mittel — ob gut oder schlecht, das steht auf einem anderen Drett — zur Ausführung anzuwenden? — Der Verbandsstag zu Göttingen wird ungewisshaft die Aufgaben, wie er sie im § 29 der Statuten den Gauvorständen zugetheilt hat, nicht im Sinne des Antrages Biberach verstanden haben. Es ist darum für den Gauvorstand an der Zeit, nachdem sich die Wirkungen dieses Beschlusses inzwischen haben beurtheilen lassen und meiner Ueberzeugung nach in Bezug auf die Mehrzahl der „größeren Zahlstellen“ ein völlig negatives Resultat erbracht haben, diesen Beschluß zu annulliren.

Auch der weitere Beschluß, eine fünfprozentige Besteuerung der Zahlstellen durch den Gauvorstand, der auf dessen Antrag von der Konferenz gefaßt wurde, zeigt die Tendenz, den Verbandsstag zu korrigiren. Zu einem solchen Beschluß fehlte der Konferenz jegliche Kompetenz und die Zahlstelle Güstrow wird deshalb für sich in Anspruch nehmen, diesen Beschluß zu annulliren. Das diesbezügliche Kostenbedeckungsverfahren ist im § 80 des Statuts durch den Verbandsstag geregelt, ein Uebrigens also rechtlich unverbindlich. Wenn nun ein Vertreter des Gauvorstandes mit Emphase die Einhaltung dieses Beschlusses vom moralischen Standpunkt aus betonte, so kann doch Moral nur Gerechtigkeit zur Grundlage haben. Nun wird aber durch diesen Beschluß eine ungleiche Belastung der Mitglieder herbeigeführt, denn Thatsache ist, daß Gau, die wenige Zahlstellen, dagegen verhältnismäßig viele Mitglieder in sich vereinigen, gegenüber solchen mit vielen Zahlstellen, dagegen wenigen Mitgliedern, eine doppelt günstige Position einnehmen; einmal ist eine größere Einnahme und zum anderen ein engeres Agitationsfeld, also weniger Ausgabe vorhanden. Die Moral kann also lediglich nur darin liegen, daß zum nächsten Verbandsstag hierzu ein Ausgleich beantragt wird und eventuell bei dem noch Unzulänglichkeit der Mittel, eine Erhöhung der dem Gauvorstande zufallenden Prozente. Nebenbei bemerkt, werden aber auch die Ausgaben der Zahlstellen fortwährend höhere: Aufbringung der Gelder auf Sammelstellen, Beiträge zum Kartell usw. usw. — und eine Vernachlässigung dieser Pflichten darf nicht stattfinden. Wenn nun das Zahlstellenbudget durch einen von außerhalb kommenden Beschluß in's Wanken gebracht werden soll und vitalste Interessen dadurch hintenangelassen werden müßten, so kann demgegenüber nur betont werden, daß dazu jegliche Berechtigung fehlt.

G ü t t r o w.

Ernst Bauer.

Es sei zu den Ausführungen des Kollegen Bauer bemerkt, daß nicht allein der Antrag, wie ihn die Konferenz gefaßt, „d. h. größere Zahlstellen mit Aufgaben (Bezirksagitation) zu betrauen, denen sie nicht gewachsen sind“ nicht dem Sinne der Verbandsbeschlüsse entspricht, sondern auch andere Bestimmungen anders ausgelegt werden, als der Verbandsstag sie beschlossen hat. So hat z. B. jeder Delegierte, als von den fünf Prozent der Beiträge als Einnahme für die Gaukasse die Rede war, es so verstanden, daß diese fünf Prozent der Einnahme nicht von Hauptvorstandsgnaden abhängig sein sollen, sondern daß der Hauptvorstand diese aus den fünf Prozent sich für die Gaukasse ergebende Einnahme ungekürzt an diese überweisen muß, wenn der Gauvorstand dies beantragt. Wir setzen dabei selbstverständlich voraus, daß diese vom Verbandsstag festgesetzte Summe nur zur Agitation Verwendung finden darf.

Was die Bezirksagitation betrifft, so sind wir mit derselben insoweit einverstanden, als jede Zahlstelle die moralische Verpflichtung hat, in ihrer nächsten Umgebung für die Heranziehung der Indifferenten an die Organisation zu sorgen; eine bestimmte Bezirkseintheilung muß dabei noch lange keine Voraussetzung sein. Wir gestehen offen, daß wir uns für die „Eintheilerei“ durchaus nicht so sehr begeistern, denn viele Köpfe, viele Sinne. Wir halten es mit dem Gauvorstande als Zentrale, bei dem alle Fäden der Organisation innerhalb eines Gaues zusammenlaufen, und von welcher Stelle auch die Initiative ergriffen werden muß, wenn es sich um größere Aktionen handelt.

In Erwägung zu ziehen ist bei der „Eintheilerei“ auch die fast stets auf dem Fuße folgende besondere „Kasseneinrichterei“ und Besteuerung der Mitglieder, wie dies der obige Konferenzbeschuß schon zeigt. Sollte man darauf, daß in allererster Linie die Verbandsstagsbeschlüsse befolgt werden, dann dürfte kein Mangel an Mitteln in den Gaukassen vorhanden sein, zum anderen sorge man aber dafür, daß auf geeignete Weise der Verbandsstags Mittel zum Zwecke des Kampfes zugeführt werden. Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob der Vorstand ein moralisches Recht hätte, die Einnahmen der Gaukassen „warm“ zu halten, da ihm die Mittel zur Unterstützung der Streiks nicht in dem zu erwartenden Maße zugehen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, können wir es verstehen, wenn der Vorstand so kniderig ist mit der Ueberweisung der fünfprozentigen Einnahme für die Gaukassen. Wie wir ausgedeutet, kann aber beiden Theilen, der Verbandskasse und den Gaukassen recht gut Rechnung getragen werden, ohne daß einerseits gefaßte Beschlüsse nicht befolgt, und andererseits kaum nothwendige Beschlüsse gefaßt würden. Die Redaktion.

Die Maifeier und das Hirsch-Dunder'sche Organ der Tischler, „Die Eiche“.

Nach zehnwöchentlicher Krankheit wieder zu meiner redaktionellen Thätigkeit zurückgekehrt, finde ich nach Durchsicht der verschiedensten gegnerischen Zeitungen in der „Eiche“ folgende Notiz:

Nochmals die Maifeier. Wir wären auf dieses abgestandene Thema wahrlich nicht mehr zurückgekommen, wenn nicht eine direkte Provokation vorläge. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ regt sich nämlich mächtig auf über unseren Artikel in Nr. 18: „Auch ein Weltfeiertag“. Wir hatten in demselben nachgewiesen, daß sich die Welt um den berühmten „Weltfeiertag“ fast garnicht gekümmert habe und daß Alles ruhig seinen Gang gegangen sei. Die Konstatirung dieser Thatsache paßt der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht, sie bleibt dabei, daß die diesjährige Maifeier „in imposanter Weise ausgefallen ist“. Nun, das ist eine Ansichtssache, über welche ein Streit überflüssig ist. Die Zeit wird ja lehren, wer Recht behält. Kein Mensch aber kann heute in Abrede stellen, daß vor einem Jahrzehnt der Maifestrummel ganz andere Aufregung hervorgerufen hat, als diesmal. Es bleibt also dabei: „Verflogen ist der Spiritus...“

Am Schluß des Artikels verleiht sich der sozialdemokratische Hamburger Tintenfüß zu folgender Böswilligkeit:

„Wir möchten die „Hirschen“ (damit sind die Gewerksvereine gemeint) darauf aufmerksam machen, daß sich für sie infolge der massenhaften Ausperrungen wieder einmal eine gewünschte Gelegenheit bietet, Streikbrecherdienste zu leisten. Diese „Gegen-Demonstration“ sollten sich die paar Hundert Leute doch nicht entgehen lassen.“

So viel Worte, so viel Unwahrheiten. Auch nicht Einer unserer Gewerksvereinskollegen hat jemals Streikbrecherdienste geleistet, auch nicht Einer hat dies nach dem 1. Mai gethan und auch nicht Einer wird es jemals thun.

Das hat der Artikelschreiber auch gewußt, und wenn er trotzdem diese Behauptung aufgestellt hat, so hat er „in gerabeger häßlicher Weise“ gekunkert.

In Nr. 19 der Holzarbeiter-Zeitung war etre Kritik der „Eiche“ über die Maifeier mit durchaus zutreffenden Worten tiefer gehängt, nur ist dem Verfasser jener Notiz dabei ein Irrthum unterlaufen, den ich mich richtig zu stellen für verpflichtet halte. Bemerken will ich gleich, daß, wenn ich auch mehrere Wochen hindurch während meiner Krankheit als „Verantwortlicher“ zeichnete, ich doch den Inhalt der fraglichen Nummern nicht kannte, sonst würde ich die Korrektur sofort vorgenommen haben. Ich erkläre also: daß Tischler, welche Mitglieder eines Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins waren, meines Wissens gelegentlich einer Maifeier Streikbrecherdienste nicht geleistet haben. Eine gegentheilige Behauptung ist in der „Holzarbeiter-Zeitung“ während meiner redaktionellen Leitung noch zu keiner Zeit aufgestellt worden.

Ob Mitglieder anderer Berufe der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine bei gleicher Gelegenheit Streikbrecher wurden, weiß ich nicht. Bewiesen ist aber, daß Mitglieder besagter Vereine bei verschiedenen Streiks sich nicht nur sehr unsozialbarisch zeigten, sondern auch schon öfter Streikbrecherdienste leisteten. Es ist mir erinnerlich, daß sogar Führer sich kein Gewissen daraus machten, Mitglieder nach Streikorten abzuschleppen, und daß einmal sogar die Mitglieder seitens eines bekannten Führers während eines Streiks zur Arbeit kommandirt wurden. Ob diese Fälle dem Schreiber der Notiz in der „H.-Ztg.“ vorschwebten und er sich nur in der Zeit irrte, mag dahingestellt sein.

Ich gebe die vorstehende Erklärung um deswillen ab, weil ich, wie immer, auch in dieser Falle der Wahrheit die Ehre gebe und bemerkt Niemandem beleidige, auch die Berufs Kollegen in Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen nicht. Ich habe wiederholt das vortreffliche Verhalten der Düsselbacher Hirsch-Dunder'schen Kollegen hervorgehoben und damit wohl bewiesen, daß es mir durchaus fern liegt, unter allen Umständen mit den gegnerischen Berufs Kollegen in Fehde zu liegen. Ich werde aber auch für die Folge ebenso rückwärtslos an ihrem eventuellen unsozialbarischen Verhalten Kritik üben, wie ich dies bisher gethan habe.

H. Rüste, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Eine Nichtigstellung zu der Notiz in Nr. 27 der „Holzarbeiterzeitung“, überschrieben: „Ein wahres Arbeiter-Glorabot ist die Möbelfabrik von Bauer in Leipzig“ sendet uns Genosse S. Weiser, Tapezierer. Er schreibt: Ueber die Zustände der Bauer'schen Fabrik ist seitens des Berichterstatters leichtfertig berichtet worden. Am Schluß der besagten Notiz heißt es:

„Darauf legten sämmtliche Tischler, Drechsler, Polirer und Maschinenarbeiter die Arbeit nieder, stehen geblieben sind nur die Bildhauer und Tapezierer.“ Aus der Form des letzten Satzes muß logischerweise gefolgert werden, daß auch die Tapezierer hier die Streikbrecher gemacht haben. Das ist aber nicht der Fall. Die Tapezierer stehen hier im besonderen Arbeitsverhältniß, sie arbeiten nur neun Stunden, während die Tischler 9 1/2 Stunden arbeiten. Die Tapezierer haben nur Lohnarbeit, während die Tischler nur Affordarbeit haben. Die Tapezierer haben Frühstück- und Wespapause, die Tischler nicht, usw. Als die Tapezierer dort die neunstündige Arbeitszeit einführen, ist es ihnen nicht eingefallen, die Tischler, die doch nicht das Gleiche machten, darum als Streikbrecher zu bezeichnen. Hier liegt eine leichtfertige, wenn nicht böswillige Verdröhung vor, die nur Schaden bringen kann. Die Tischler der Fabrik sind selbst erstaunt über diesen Bericht. Die Tapezierer sind nicht einmal zu den gesprochenen Beratungen hinzugezogen, geschweige denn zur Einstellung der Arbeit aufgefordert worden. Der Berichterstatter mag sich dahinter die Ohren schreiben und ein andermal wahrheitsgemäß berichten.

S. Weiser. Wenn die Beschuldigung, welche Genosse Weiser erhebt, wahr ist, dann sind wir für die Folge gezwungen, auch den uns persönlich bekannten Berichterstatter etwas mehr auf die Finger zu sehen und Rücksicht, welche sich auf deren unbedingte Glaubwürdigkeit beziehen, fallen zu lassen. Wir bitten also hierbon Notiz zu nehmen und sich selbst und uns Weiterungen zu ersparen. Die Redaktion.

Herr Hermann Tiege, Möbelfabrikbesitzer in Wittenberge schreibt uns unter'm 6. Juli zu der Notiz in Nr. 27, seine Werkstatt betreffend, Folgendes:

Ich beschäftige nicht 18, sondern 40 Leute, von denen noch Niemand abgegangen ist, ich habe aber am genannten Sonnabend drei Mann entlassen. Der Einsender des gegen mich gerichteten Berichtes ist wahrscheinlich ein früher entlassener Tischler, der sich wohl viel um Politik kümmert, es ist aber wenig seiner Arbeit angelegen sein läßt. Daß die Leute bei mir M. 8, 10 und 12 pro Woche verdienen, können Sie selbst so wenig glauben, wie jeder Leser Ihres Blattes; denn ich glaube nicht, daß es einen so dummen Holzarbeiter giebt, der da glaubt, daß ich Leute mit M. 8, 10 und 12 pro Woche Lohn in Beschäftigung halten kann. Meine Leute verdienen nachweislich pro Woche M. 18-25, die Tapezierer zum Teil noch mehr. Verdient einer weniger, so ist er entweder ein steifer, älterer Mann (früherer Meister, der seinen Schnaps immer in der Nähe hat) oder einer, der noch etwas zulernen will oder aber einer, der noch ein Nebenamt hat.

Der Bericht in Ihrer Zeitung schädigt mich garnicht, denn ein Mensch mit klarem Verstand kann an solche Unwahrheiten nicht glauben, außerdem wäre es mir höchst gleichgültig gewesen, wenn bei mir Niemand mehr arbeiten wollte, ich hätte Ursache gehabt, meine Fabrik aufzugeben, brauchte mich nicht mehr über 40 Leute und 200 Kunden zu ärgern und wäre der Sorge, Jedermann prompt gerecht zu werden, überhoben worden.

Achtungsvoll
Herrm. Tiege, Möbelfabrikbesitzer.

Zunächst sei bemerkt, daß in dem Bericht in Nr. 27 nur von 18 Tischlern die Rede ist; wie viele andere Handwerker, Tapezierer usw., Herr H. Tiege noch beschäftigt, ist uns unbekannt. Im Uebrigen überlassen wir eine Entgegnung auf die Behauptungen des Herrn Tiege unseren dortigen Gewährsleuten. Die Schlussbemerkung des Herrn Hermann Tiege verdient eingezogen zu werden. Ob Herr Tiege dann selbst einmal die Freude des Gesellenlebens durchgemacht, sich mit, na sagen wir M. 18, durchgehungert hätte oder ob er sich ruhig auf die Hofen gesetzt und die Erträgnisse der Arbeit Anderer in allem Seelenfrieden verzehrt hätte, wissen wir nicht, lassen uns darüber auch keine grauen Haare wachsen. Schade ist nur, daß Herr Tiege der Sorge, Jedermann prompt gerecht zu werden, nicht überhoben ist. Es war so schön gewesen...

Ein Erfolg durch die Organisation wird aus der Zahlstelle Alzey gemeldet. Die Schreiner der Tischler- und Buchfabrik hatten beschlossen, ihrem Prinzipal, Herrn Jung, am 10. Juni die Forderung auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes zu unterbreiten. Bereits zwei Tage vor dem festgesetzten Termin ließ Herr Jung sämtliche Arbeiter in's Komptoir kommen und gab ihnen bekannt, daß von jetzt ab in seiner Fabrik 9½ Stunden gearbeitet werde, bei Akkordarbeiten ein Preisausschlag von 6 pZt. erfolge und der Tagelohn von M. 3 auf M. 3,20 erhöht werde.

Wir empfehlen dem Stuttgarter Fabrikanten, sich ihren Kollegen Herrn Jung in dem Städtchen Alzey zum Vorbild zu nehmen und gleich ihm den Arbeitern nicht Terrorismus, aber etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen. Sie würden bedeutend besser fahren.

Die Sperre über die Firma Kubow & Walter in Grabow bei Stettin ist aufgehoben, da die Forderungen der Kollegen bewilligt worden sind.

Stuhlfabrikant F. Bormann in Einbeckhausen suchte in Nr. 26 der „H.-Ztg.“ zwölf Stuhlbauer und sechs Stuhlpolierer. Man wird uns aber von dort zugereisten Stuhlbauern Mitteilung gemacht, daß B. nur drei Stuhlbauer eingestellt hat, trotzdem jeden Tag solche ankommen. Stuhlpolierer, erklärt B., braucht er nicht. Im Ganzen beschäftigt B. fünf Stuhlbauer und vier Polierer. Ueber diese neun Mann spielen vier Personen die Befehlshaber, Herr F. B. und seine drei Söhne. Die Stuhlpolierinnen beaufsichtigt die Tochter. Niedrige Löhne und hohe Strafen sind bei Herrn B. üblich. In Sachsen giebt es z. B. M. 8 und mehr für ein Duzend Weizenstühle zu polieren, unter Lieferung des Materials vom Fabrikanten. Herr F. B. zahlt nur M. 7,50 und die Polierer müssen Material liefern. Kurz, es soll nicht gerathen sein, sich bei F. Bormann festhaft zu machen. Die vier zugereisten Stuhlbauer haben bereits die Arbeit niedergelegt.

Die Tischler der Firma Steinicke & Co., Baugeschäft in Nordhausen, haben am Sonnabend, den 8. Juli, die Arbeit niedergelegt. Um Fernhaltung des Zuguges wird gebeten.

Die Tischler in Lehrte sind mit ihren Meistern in Unterhandlung wegen Erhöhung des Akkordtarifs und Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters. Sie hoffen, daß bis zum 1. August eine Einigung erzielt ist. Zugang ist nach dortin zu vermeiden.

Der Lüneburger Tischlerstreik wird uns mitgeteilt, daß es bis heute nach zehnwöchentlicher Dauer noch nicht gelungen ist, eine Einigung herbeizuführen, aber auch die Arbeitgeber haben vergebliche Versuche gemacht, Gesellen in ihre Werkstätten zu bekommen. Zwei Arbeitswillige haben sich zwar gefunden, doch machen die den Lohn nicht frei und werden ihre Unsolidarität frisch genug betonen. Zugang ist also immer noch fern zu halten.

Die Mainzer Möbelarbeiter beschäftigten sich dieser Tage in einer außerordentlich hart bedachten Versammlung mit dem Streik ihrer Stuttgarter Kollegen. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit der Gewährung des Reumundentages betont, und zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die verarmten Mainzer Holzarbeiter sprechen den Stuttgarter Kollegen in ihrem gerechten Kampf für Erreichung einer besseren Existenz ihre volle Sympathie aus. Sie erklären sich mit denselben solidarisch und beschließen, dieselben in jeder Beziehung zu unterstützen, insbesondere die Anfertigung von Stuttgarter Arbeiterausweisen abzulehnen. Sollte dennoch versucht werden, die Anfertigung solcher Arbeiten den Mainzer Schreiner zu übertragen, so soll eine weitere öffentliche Demonstration über die zu erreichenden Schritte bestimmen. Die Demonstration legt energig Protest ein gegen den durch Akkord betriebenen ungesetzlichen Terrorismus der Unternehmer und

verspricht, mit allen Mitteln für die Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein, um durch die Organisation diesem Vorgehen der Unternehmer entgegenzutreten zu können.

Die Stuttgarter Möbelarbeiter ersehen auch hieraus wieder, wie die Augen ihrer Kollegen aus ganz Deutschland auf sie gerichtet sind. Ueberall leben die Holzarbeiter der Hoffnung, daß es den Kämpfern in Stuttgart gelingen werde, den Sieg davonzutragen. Die Stuttgarter Möbelarbeiter werden das Ihrige thun, damit diese Hoffnungen nicht zu Schanden werden.

Die Differenzen bei der Firma Kadeber (Stuhl-fabrik) München sind durch Vermittelung des Bauvorstandes und des Herrn Werkführers auf glücklichen Wege beseitigt.

Achtung, Klavierarbeiter. Die Pianofortefabrik von Hegeler & Ehlers in Döbenburg i. Gr. sucht in Berlin und im Rheinland Zusammenseher und Ausarbeiter unter sehr günstigen Bedingungen. Respektirende erhalten sehr lebenswürdige Briefe, sehen aber bei ihrem Eintritt, daß die Sache einen Haken hat. Dem Eintretenden wird in der Fabrik ein Schreiben vorgelegt, worin er sich verpflichten muß, bei einer Geldstrafe von M. 50 an die Firma, keine, auch nicht die geringste Reparatur außerhalb der Fabrik auszuführen, das heißt, auf eigene Rechnung. Wer nicht unterschreibt, kann nicht eintreten. Will der Neueintretene nicht gleich klagen, so unterschreibt er. Bald kommen noch bessere Bestimmungen. Da wird ein Zirkular vorgelegt, worin mitgeteilt wird, daß Jeder die Arbeit, die ihm von den Kollegen aus der vorgehenden Branche zugeht, zu kontrollieren hat. Daß auf diese Weise Zwietracht gesät und die Uneinigkeit gefördert wird, ist selbstverständlich. Dann wird Material, selbst einzelne Schrauben abgezählt nur einmal geliefert. Geht dem Arbeiter was verloren, so hat er es auf seine Kosten in guter Qualität zu ersetzen. Drei Zusammenseher, darunter der Ausarbeiter, welche nicht unterschreiben wollten, wurden gemahregelt und sucht Hegeler heute noch Ersatz dafür. Eine neue Fabrik-Ordnung, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt, ist auch im Gange, da soll z. B. Ausspannen auf der Treppe bis zu einem Tagelohn Strafe kosten. Die Arbeitszeit soll für Lohnarbeiter verlängert werden, von 9 auf 10 Stunden, und sind noch mehrere Strafbestimmungen enthalten, die es fast unmöglich machen, unter Umständen die Strafgebühren zu verdienen, und könnte man sich schließlich noch Geld mitbringen, um bloß bei der Musterfirma zu arbeiten. Wende sich also Jeder, der hierher kommen will, an die Verwaltung der hiesigen Zahlstelle, Kurwidstraße 28.

Korbmachermeister C. Apelt in Mülberg a. d. Elbe ist in Verlegenheit um Gehilfen. Er sandte an unsere Expedition ein Inserat, laut welchem er 10-15 Personen gebrauchen kann. Nach Erkundigung unsererseits, ob das Geschäft denn so florire, und uns mitgeteilt, daß, obgleich der Lohn tarif der Korbmacher Mülbergs die zehnstündige Arbeitszeit vordrängt, wird bei Apelt immer noch elf Stunden und länger gearbeitet. Einer von den Korbmachern beauftragten Kommission, die um Innehaltung des Tarifs ersuchen sollte, wies Apelt die Thür.

Wir meinen denn doch, Herr Apelt, wenn in anderen Werkstätten die zehnstündige Arbeitszeit durchgeführt ist und die betreffenden Meister die Konkurrenz mit Ihnen aushalten konnten, dann dürften Sie wohl auch den Tarif der Gehilfen anerkennen können. Wir raten Ihnen, sich mit der dortigen Verwaltung einmal in Verbindung zu setzen, um eine Regelung der strittigen Angelegenheit herbeizuführen. Es liegt doch auch in Ihrem Interesse, daß Friede ist zwischen Ihnen und Ihren Arbeitern, und wir sind dann der für uns so unentbehrlichen Arbeit enthoben, Sie durch die Zeitung schleifen zu müssen.

Ueber die Wagenfabrik Firma Jäger in Braunschweig ist die Sperre verhängt. Am 29. Mai beschloß die Stellmachereinnung, deren Mitglied Jäger ist, daß vom 1. Juli ab die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, 30 S Mindestlohn pro Stunde und 10 pZt. Lohnausschlag gezahlt, Ueberstunden nicht mehr gearbeitet eventuell 5 S pro Stunde Ausschlag gezahlt und Kost und Logis beim Meister für die Gesellen abgefordert werde. Einer Kommission, welche am 3. Juli bei Jäger vorstellig wurde, erklärte er, den Stellmachern M. 1 pro Woche mehr zahlen zu wollen, sonst bewillige er garnichts. Die Gesellen gehen darauf nicht ein, u. A. bestehen sie darauf, daß Kost und Logis nicht mehr im Hause Jäger's ist. In dem Gesellen schlafzimmer müssen immer je zwei Gesellen in einem Bette schlafen. Das ist gegen alle Sitte und entspricht auch nicht den hygienischen Anforderungen, die an ein Schlafzimmer gestellt werden müssen. Die hier in Betracht kommenden Gesellen haben am 8. Juli die Arbeit eingestellt. Zugang nach Braunschweig ist fern zu halten.

Die amtliche Statistik über Streiks im Tischlergewerbe ist denn doch sehr mangelhaft. Nach den uns vorliegenden amtlichen Aufzeichnungen haben Tischlerstreiks bezw. Ausperrungen nur in sieben Orten Deutschlands stattgefunden, davon entfallen auf Berlin allein 5. In 3 von 5 Berliner Betrieben hat nur die Zahl der Streikenden, sowie der Beschäftigten ermittelt werden können. Im Ganzen kamen an Tischlerstreiks in Deutschland nach der amtlichen Statistik nur 11 begonnene und 8 beendete in Betracht, und nur 40 Betriebe (davon 33 in Wiesbaden) waren davon betroffen. Bei Ausbruch des Streiks waren beschäftigt 696 Personen, es streikten 290 Personen. 109 von den Streikenden sollen kontraktbrüchig geworden, davon in Dresden (Fabrik photogr. Apperate) allein 98. Inwiefern das richtig ist, vermute ich nicht zu sagen. So viel ist sicher, daß wenn die amtliche Statistik immer nach Quellen aus Arbeitgeberkreisen zusammengestellt wird, sie nicht die Wahrheit darstellt. Das beweist ein Blick in dieselbe. Wir wären im Uebrigen außerordentlich zufrieden, wenn die Zahl der streikenden Tischler im ersten Quartal dieses Jahres nicht mehr dem 290 betragen hätte. Wie lange die einzelnen Streiks dauerten und welchen Erfolg sie hatten, das sucht man in der Statistik vergebens.

Der 16. deutsche Tischlerstag, welcher am 7. und 8. August in Lübeck tagen wird, hat u. A. folgende Punkte auf die Tagesordnung gestellt: 4. Wie weit ist es den einzelnen Tischlerinnungen gelungen, sich dem neuen Handwerksgeetze anzupassen und welche Erfolge haben sie erreicht? 5. Die bevorstehende Organisation der Handwerkskammern. 6. Die Zwangsfortbildungsschule und die Lage der Tischlerinnungs-schulen. 7. Die Frage der Schaffung eines Tischlerarbeit-

geberschutzverbandes. 8. Die Innungsgesellen-Krankenkassen. Anträge, welche sich mit dem Punkt 7 decken, sind gestellt vom Provinzialverband rheinischer Tischlerinnungen und, wie schon an anderer Stelle dieser Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bemerkt, von den Brandenburgischen Innungen, Punkt 11 der Tagesordnung lautet: Besprechung über den Gesellentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.

Dieser Punkt ist nur gewählt, um einigen Großmüthern Gelegenheit zu geben, sich mal gründlich zu blamieren. Wir können ihnen den Erfolg, von jedem anständigen Menschen zu den Sitteledern seiner freiherrlichen Majestät an der Saar gezählt zu werden. Im Uebrigen möchten wir einmal wissen, seit wann die Tischlerinnungen die Vereinsgesetze offenkundig übertreten dürfen, oder gehört die Besprechung des Zuchthaus-gesellentwurfes nicht zu den politischen Angelegenheiten? Nach § 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes dürfen Vereine, welche bezwecken politische Angelegenheiten zu erörtern, eben nicht in Verbindung treten. Gilt das für die preussischen Tischlerinnungen nicht? U. A. u. g.

Die brandenburgischen Tischlerinnungen haben am 9. und 10. Juli in Fürstenwalde ihren 7. Bezirksverbandstag abgehalten. Auf der Tagesordnung stand u. A. auch: Die Errichtung eines Arbeitgeberverbandes im Tischlergewerbe. Die Herren Tischlermeister haben nämlich an ihrem Vereinstag mit den famosen Zwangsinnungen noch nicht genug der Blamage und möchten es nun einmal mit einem grossen Arbeitgeberverbande versuchen. Unseren Segen haben sie.

Zum vierten Verbandstag der Holzarbeiter Oesterreichs liegen eine Reihe Anträge auf Beitragserhöhung vor, zugleich auch solche auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Reiseunterstützung.

Für die streikenden Hornspindeldrehler in Nürnberg (Oesterreich) sind etwaige Streikgebühren nicht an den Obmann F. Martin, sondern an Heinrich Müller, Nürnberg, Schönlindestraße 40, zu senden.

Zum Streik der Nürnberger Hornspindeldrehler sei mitgeteilt, daß die Fabrikanten eine Unterhandlung mit den Arbeitern abgelehnt haben. 85 Mann stehen im Ausstand. Die „Wahrheit“, das Organ der österreichischen Drehler-gehilfen, schreibt:

„Die Genossen machen sich auf einen langen Kampf gefaßt. „Einer für Alle, Alle für Einen“, diesen Spruch haben sie sich zur Devise gewählt. Ein großer Teil der Streikenden sind Heimarbeitler, welche nur kümmerlich ihr Fortkommen fanden. Es wird Ehrensache der Drehler sein, diese Leute zu unterstützen. Die Organisation der Nürnburger Drehler hat seit zwei Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Unternehmer werden Alles daransetzen, um das mühsam aufgebaute Werk nun zu zertrüben. Dem vereinigten Unternehmertum gilt es nun zu zeigen, daß auch die Arbeiterschaft einig ist. Jeder Erfolg, der in Nürnberg erzielt wird, bedeutet einen Erfolg auch für alle anderen Drehler. Die Streikenden werden daher auf die Solidarität sämtlicher Drehler rechnen können.“

Wir hoffen, daß auch die deutschen Berufskollegen ihren kämpfenden Brüdern zur Seite stehen werden, so weit sie trotz der hohen Anforderungen, die hier an sie gestellt werden, dazu im Stande sind. Vor allen Dingen ist Bezug streng fern zu halten. Unterstützungen sind zu senden an Heinrich Müller, Drehler, Nürnberg, Schönlindestraße 40.

Streik der Budapester Tischler. Eine am Sonnabend in Budapest stattgehabte Versammlung von 1000 Tischlergehilfen beschloß, unter der Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und eines Arbeitstages von 9½ Stunden in den Streik einzutreten.

Der Streik der Korbmacher in Malmö (Schweden) ist nach achtwöchentlicher Dauer unter gegenseitiger Vereinbarung aufgehoben.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat diesmal in Mainz, der Geburtsstätte und dem Orte des Schaffens des Erfinders der Buchdruckerkunst, stattgefunden. Verbandsdelegirte waren 82 anwesend. Das Ausland war durch einen Wiener und Berner Delegirten vertreten. Die Verhandlungen begannen mit der einstimmigen Annahme einer Protestresolution gegen das sogenannte „Zuchthausgesetz“, die dem Präsidium des Reichstags telegraphisch übermittelt wurde. Zu dem Proteste glaubte sich der Verband umso mehr berechtigt, als im Buchdruckgewerbe der Beweis erbracht ist, daß es bei beiderseitigem guten Willen möglich sei, auf dem Wege der Verständigung die wirtschaftlichen Kämpfe wesentlich zu beschränken. Dem Buchdruckerverband gehören 26377 Mitglieder an. Seit der letzten vor drei Jahren in Breslau abgehaltenen Generalversammlung hat der Verband um rund 7000 Mitglieder zugenommen. Der Vermögensbestand des Verbandes, des reichsten von allen deutschen Gewerkschaftsverbänden, betrug Ende März d. J. M. 2106 822. Die Gesamtsumme der Unterstützungen betrug in den letzten vier Jahren zusammen M. 3 202 865. An Reiseunterstützung wurden verausgabt M. 501 899, an Arbeitslosenunterstützung M. 449 170, sonstige Unterstützungs- und Unzugskosten M. 209 678, Krankenunterstützung M. 1 374 890, Invalidenterstützung M. 538 172 und Begräbnisgeld M. 79 055. Die Zentralinvalidentasse in Liquidation verfügte Ende März c. über ein Vermögen von M. 769 365. Die Invalidenten zahlung betrug 199. Es wurde konstatiert, daß die Tarifgemeinschaft überall zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Verbandsmitglieder beigetragen habe. Die Verhandlungen betrafen zumeist interne Angelegenheiten des Verbandes.

Eine Zahlstellenskonferenz der gewerkschaftlichen Verbände und der Gewerkschaftskartelle des Ruhrgebietes tagte am 26. Juni in Mülheim a. d. Ruhr. 88 Delegirte waren anwesend.

Die Verhandlungen befaßten sich fast ausschließlich mit der Aufgabe, Mittel und Wege zur Hebung der Organisation ausfindig zu machen.

Das einleitende Referat hatte Que-Essen übernommen. Seine Darlegungen über den Stand der Organisationen gaben

ein ziemlich trübes Bild. Es zeigt sich, daß im Ruhrrevier die Arbeiter fast aller Berufsweige mit dem Organisationsverhältnis, prozentual gegenüber der Organisation im übrigen Deutschland, zurück sind.

Als hauptsächlichste Hindernisse, welche der Ausbreitung der Organisationen in hiesiger Gegend entgegenstehen, bezeichnet Referent u. A. insbesondere: 1. die sogenannten christlichen Organisationen; 2. ungerechtfertigte Maßnahmen der Behörden, Saalabtreiben, Schanksperre zc.; 3. Kapitalistischer Terrorismus, das System der schwarzen Listen, besonders im Bergbau.

Um diesem Uebelstande abzuhelfen und die Organisationen zu heben, machte Redner diverse Vorschläge. Zunächst Gründung einer Zentralstelle für Agitation und Organisation und Gründung von Auskunftsvereinen (Arbeitersekretariate).

Die Tätigkeit dieser Zentralstelle wird vom Referenten in folgender Weise skizziert: Regelung der Referentenfrage. Geeignete Personen sollen sich der Zentralstelle zur Verfügung stellen und wird von ihr aus über eventuelle Verwendung bestimmt. Herausgabe von Flugblättern und deren Verbreitung in verschiedenen Sprachen. Berichterstattung an die gewerkschaftliche und Parteipresse über sozialpolitische und gewerkschaftliche Verhältnisse.

Die Diskussion war eine überaus rege und ablehnende, theils resultierend aus dem nicht zur Genüge in Betracht gezogenen Kostenpunkt, den die Erhaltung einer solchen Zentralstelle verursachen, während eine weitere Anzahl von Delegierten sich überhaupt nicht für diese Einrichtung erwärmen konnten, weil dann die bereits bestehenden Agitationskommissionen der einzelnen Gewerkschaften durch Entziehung der Kräfte usw. geschwächt würden.

Nach der Erklärung des Vertreters der Generalkommission, daß dieselbe nur zu einem geringen Theile zu den Kosten beitragen könne, wurde von der Gründung einer Zentralstelle abgesehen. Eine Kommission wurde gewählt, welche bei den Zentralvorständen um einen Zuschuß nachsuchen sollte. Der Sitz dieser Kommission ist in Essen. Beschlossen wurde weiter, in den größeren Orten des Ruhrgebietes Arbeitersekretariate zu errichten. Die Aufbringung der Kosten bleibt den einzelnen Organisationen überlassen.

Der Zustand im Berliner Baugewerbe ist beendet.

Es wurden u. A. folgende Vereinbarungen getroffen: Der Lohn beträgt bis zum 31. Dezember 1899 einschließlich 60 M pro Stunde, vom 1. Januar 1900 bis 30. September 1900 einschließlich 62 M, vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 einschließlich 65 M.

Der Lohnsatz für durch Unfall, Alter und Invalidität minder leistungsfähige Gejellen, sowie für Junggefelln im ersten Gesellenjahre, soweit dieselben bei ihrem Lehrmeister thätig sind, unterliegt der freien Vereinbarung. Die Arbeitszeit beträgt neun Arbeitsstunden. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen aufzuheben.

Es wird eine Kommission gebildet, welche aus neun Arbeitgebern und neun Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch die Arbeitgeber bezw. die Organisationen der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmers-Mitgliedern sollen mindestens je ein Mitglied der Zentralorganisation, der Lokalorganisation und der Gewerkschaftskommission angehören. Die Geschäftsordnung der Kommission wird von dieser festgestellt.

Der bezeichneten Kommission liegt die Regelung der Arbeitszeit, Pausen, Lohnverhältnisse, Einrichtung der Arbeitsstätten und ähnliche Punkte, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ob.

Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann gegen Entscheidung der Kommission nur binnen drei Tagen nach der Bekanntmachung die Entscheidung des Einigungsamtes des Gewerbegerichtes angerufen werden.

Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission oder das Einigungsamt dürfen Bauarbeiten unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach der endgültigen Entscheidung sind Bauarbeiten nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird.

Alljährlich hat im Herbst die Kommission zusammenzutreten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Dauerperiode des nächsten Jahres festzusetzen. Der Entscheidung der Kommission haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen. Sowohl die zentrale wie die lokale Organisation der Maurer, sowie die Gewerkschaftskommission verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streiks nicht zu unterstützen. Maßregelungen infolge des ausgesprochenen Streiks finden nicht statt.

Die beiden angeblichen „Haupt-Urheber“ des Herner Bergarbeiterstreiks, Adamsky und Ostrowsky, sind aus der Haft entlassen worden, da gegen sie, die nur Vertreter bezw. Verbreiter der „Gazeta Robotnicza“ waren, nichts vorliegt. Weiter sind außer ihnen weitere fünf Verhaftete auf freien Fuß gesetzt.

Zur Massenaußsperrung in Dänemark wird unterm 4. Juli aus Kopenhagen berichtet:

Die Einigungskammer hielt heute ihre zweite Sitzung ab. Die Unternehmer haben wiederum eine Reihe von Forderungen aufgestellt, welche sie anerkannt verlangen, ehe sie die Aus-sperrung aufheben wollen. Ursprünglich hatten sie acht Punkte aufgestellt, heute stellen sie nun 11 (elf) neue Punkte auf, so daß sie nun im Ganzen 19 Streitpunkte gelbt haben wollen, ehe sie die Aus-sperrung aufheben. In dem einen der neuen Punkte verlangen die Arbeitgeber ein Mitbestimmungsrecht darüber, was in den Statuten der Gewerkschaften stehen darf. In gewissen Fällen dürfen die Gewerkschaften ihre Statuten nicht verändern, ohne die Erlaubnis der Arbeitgeber einzuzholen. Weiter verlangen sie, daß das Stimmrecht in den Gewerkschaften nur denjenigen Mitgliedern zukommt, welche das Wahlrecht zum bänischen Reichstag haben. Alle im Auslande geborenen Arbeiter sollen also keinerlei Einfluß auf ihren eigenen Verein haben. Und da das Wahlrecht zum bisherigen Reichstag erst mit dem 30. Jahre eintritt, und außerdem bei dem Genusse von Armenhilfen verloren geht, wird der überwiegende Theil der inländischen Arbeiter ebenfalls unmündig gemacht. Die Arbeit-

geber verlangen weiter, daß die Gewerkschaften eine Viertel Million Kronen deponieren sollen als Sicherheit dafür, daß die eingegangenen „Verpflichtungen“ erfüllt werden. Schließlich verlangen sie, das Recht zu haben, zu jeder Zeit und ohne vorausgehende Verhandlungen eine Generalaus-sperrung erklären zu können, und dieses „Recht“ sollen die Gewerkschaften anerkennen.

Es ist einleuchtend, daß nur aufgeblähter Kapitalisten-Hochmuth den Arbeitern einen solchen Lohn zu bieten magt, und es beweist klar und deutlich, daß es die Wsicht der Arbeitgeber ist, die Arbeiter vollständig zu Sklaven zu machen, sowie deren Organisationen zu ruinieren. Und das Mittel, welches sie hierzu gebrauchen wollen, ist die Hungerpeitsche. Deshalb wollen sie die Aus-sperrung nicht eher aufheben, als bis die Arbeiter ausgehungert sind. In der heutigen Sitzung wurde selbstredend kein Resultat erzielt.

Kopenhagen, 5. Juli 1899. Die sogenannte Einigungskammer hielt heute wiederum eine lange und resultatlose Sitzung ab. Die Delegirten der Arbeiter wiesen selbstverständlich die rücksichtslosen und die Arbeiter erniedrigenden Forderungen der Arbeitgeber auf das Schärfste zurück und erklärten, nur um solche Forderungen von Seiten der Arbeitgeber verhandeln zu wollen, welche mit der Würde der Arbeiter vereinbar sind. Gleichzeitig hielten sie die Forderung des neunstündigen Arbeitstages und eine mit der Verkürzung der Arbeitszeit im Verhältniß stehende Erhöhung des Lohnes aufrecht.

Morgen wird die Einigungskammer eine neue Sitzung abhalten, aber da es von Tag zu Tag in einem steigenden Grade konstatiert werden kann, daß die Arbeitgeber durch ihre Theilnahme an den Verhandlungen der Kammer nur ein berächtigtes Komödientenspiel treiben zu dem Zweck, die Zeit so viel als möglich hinauszuziehen, wird es kaum recht lange dauern, ehe man jeden Versuch, die Aus-sperrung auf diesem Wege zum Abschluß zu bringen, aufgeben wird.

Wir sind denn auch vollständig im Reinen damit, daß wir den erbitterten und hartnäckigen Kampf, welcher uns durch den Uebermuth der Arbeitgeber aufgezwungen worden ist, noch lange Zeit zu führen haben. Wir wissen ja, daß es unserer Selbstständigkeit und unserem Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung unserer Arbeitsverhältnisse gilt und deshalb sind wir fest entschlossen, den Kampf so lange zu führen, als es sein soll. Die Aus-sperrten sind fortwährend guten Muths, im Vertrauen darauf, daß die nothwendige pekuniäre Hilfe aus dem In- und Auslande nicht ausbleiben wird.

Mittlerweile nimmt die durch die Aus-sperrung verursachte Arbeitslosigkeit in allen übrigen Branchen eine immer größere Ausdehnung an. Hierdurch wird die Leistungsfähigkeit der hiesigen Arbeiter mit Rücksicht auf die Unterstutzung der Aus-sperrten auf das Fühlbarste geschwächt, aber wir bauen darauf, daß uns die Arbeiter im Auslande in einem erhöhten Maßstabe zu Hilfe kommen werden, um zu verhindern, daß uns die kapitalistische Hungerpeitsche dazu zwingen soll, uns unter das Sklavenjoch zu beugen.

Mit brüderlichem Gruß

K. K u n d s e n.

Wie weiter berichtet wird, ist eine weitere Sitzung auf den 18. Juli seitens des Einigungsamtes festgesetzt. Auf Marcus werden in Unternehmerrreisen schon Stimmen laut gegen die Fortdauer der Aus-sperrung. Gegenwärtig ist der Genosse D. H. J. aus Kopenhagen in Hamburg anwesend, um in mehreren Versammlungen über den Stand der Aus-sperrung zu sprechen und an das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter persönlich zu appelliren.

Holzzeitliches und Gerichtliches.

Das Reichsversicherungsamt hat folgende Verfügung an die Berufsgenossenschaften erlassen: Es ist neuerdings wahrgenommen worden, daß bei mehreren Berufsgenossenschaften die Sitte herrscht, in Unfallrentensachen den Rekurs einzulegen, ohne ihn zu begründen, die Begründung vielmehr erst nach geraumer Zeit mit den Akten nachfolgen zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß die Gepflogenheit, für welche sich in den Unfallversicherungs-gesetzen und in der kaiserlichen Verordnung vom 5. August 1885 keine Grundlage findet, geeignet ist, eine erhebliche Verzögerung des Rekursverfahrens herbeizuführen. Die Genossenschaftsvorstände werden deshalb ersucht, in Zukunft von dieser Maßnahme abzusehen oder sie doch nur ganz ausnahmsweise — in Nothfällen — zur Anwendung zu bringen, also möglichst zugleich mit der Einlegung des Rekurses die Begründung des Rechtsmittels und die dazugehörigen Akten einzureichen. Da sich in den ersten Instanzen ausreichend Gelegenheit bietet, die freitigen Fälle in thatsächlicher Hinsicht völlig aufzuklären, so wird sich die Anführung neuer Thatsachen in der Rekursinstanz in der Regel vermeiden oder doch so einschränken lassen, daß die für die Rekurseinlegung wesentlichen neuen Anführungen innerhalb der Rekursfrist gemacht werden können.

Literarisches.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin: „Die Zuchtthaus-Vorlage vor dem Reichstage“, stenographischer Bericht der Reichstagsverhandlungen. 192 S. gr. 8°. Preis 25 M. Porto 10 M.

Trotz der Niederlage der Regierung ist die Gefahr der Zuchtthausvorlage nicht beseitigt; mit allen Mitteln suchen die Echarfmacher die öffentliche Meinung über den Charakter der Vorlage hinwegzutäuschen, obgleich aus dem Wortlaut, den Motiven, der famosen Denkschrift und ganz besonders aus den Reden der Minister für uns unzweideutig hervorgeht, daß die Folgen dieses Gesetzes die Aufhebung der Koalitionsfreiheit, das Verbot und die Unterdrückung jedes Streiks, jedes Lohnkampfes wäre. Das mußten sogar die Vertreter der bürgerlichen Parteien zugeben. Deshalb wird die Verbreitung dieser Verhandlungen für unsere Agitation reiche Früchte tragen.

Briefkasten.

Seidelberg, G. St. Warum soll der Zugzug fern gehalten werden und welches Gewerbe kommt in Betracht? Das müssen wir mindestens wissen. Weiter müssen wir verlangen, daß solche Mittheilungen den Stempel der Ortsverwaltung tragen.

Gilström, G. W. Bin, wie Du siehst, dem Hans Klapper beint auch diesmal, wie schon öfter, wieder einmal entschläpft. Seit dem 4. Juli wieder in meiner gewohnten „Geh“ thätigkeit. Zugleich sei an dieser Stelle allen Freunden, besonders den Münchener „Aalen“ und den Düsseldorfser „Burg“ heigern, für die herzliche Theilnahme gedankt. A. N. 3. 2.

Hannover, C. S. S. Hinstedt, Hamburg, Lange Mühlen 86—87, liefert von ihm selbst gearbeitete Habelbänke.

Rigdorf, W. B. Es wäre doch wohl richtiger, wenn Sie sich mit einer Verichtigung an die Redaktion des Blattes wendeten, in welcher der Bericht stand. Verweigert diese die Aufnahme, sind wir nicht abgeneigt, Ihnen entgegenzukommen.

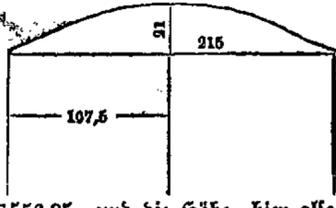
Köln, J. G. Ob ein Arbeitgeber sich strafbar macht, wenn er höhere Beiträge, als nach dem Krankentassegesetz zulässig ist, seinen Arbeitern in Abzug bringt? Ganz gewiß. Es liegt bereits ein Erkenntniß der Strafkammer I Hamburg vom 11. Oktober 1888 vor, wonach jeder zuviel in Abzug gebrachte Lohnbetrag (Beitrag für die Orskrankenkasse), als eine selbstständige strafbare Handlung angesehen und demgemäß das Strafmaß festgesetzt wurde. Die Strafe beträgt nach §§ 53 und 66 laut § 85 des Krankentassegesetzes, wenn nach einem anderen Gesetze keine höhere Strafe eintritt, bis zu M. 800 ober entsprechender Haft.

Wilsdruff, J. S. Wir empfehlen Ihnen: Motive für Holzbildhauer M. 25, Musterbuch für Bildhauer M. 25, Musterzeichnungen von Möbelverzierungen M. 7,50, Der Möbelsticker M. 10 und Bau- und Möbelsticker M. 10,50. Sämmtliche Werke können Sie durch uns beziehen.

Siegen, W. Warum haben wir keine Antwort auf unsere Anfrage vom 30. Juni erhalten?

Wie findet man den Radius zu einem Bogen? Zu dieser Frage, die schon in voriger Nummer beantwortet wurde, liegt noch folgende

Auskunft des Kollegen F. Fall aus Köln vor. Er schreibt: Der Radius von einem Bogen von 216 cm Breite und 21 cm Höhe ist 285,5 cm; denn am genauesten wird er gefunden, wenn wir die Hälfte von der Breite, hier also 107,5 x 107,5 = 11556,25, und die Höhe, hier also 21 x 21 = 441, zusammenzählen und das Zahlenergebnis: 11556,25 + 441 = 11997,25, mit doppelter Höhe, hier also 21 x 2 = 42, theilen. Ergiebt wie folgt: 11997,25 : 42 = 285,6.



Quittung.

Vom 1. April bis 30. Juni 1899 sind von den Verwaltungsstellen für Inserate nachstehende Beträge eingelangt aus: Alzei M. —,30, Wilhelmshagen —,50, Magdeburg 2, Mühlheim am Rhein —,30, Hagen —,40, Ublershof —,80, Neustadt a. d. 2,60, Hall —,50, Barel —,90, Ludwigshafen 1,40, Osnabrück —,60, Babel 1,40, Duderstadt —,80, Wilhelm a. d. R. 1,40, Konstantz 3,70, Stuttgart 1,20, Wültingen —,30, Nürnberg 2,40, Quakenbrück —,70, Ronneburg 1,50, Berlinchen —,40, Gera —,50, Bremen 1,80, Esterbrügge 1,40, Schäft 1, Baden 1,10 und Freiberg —,60.

An Abonnementsbeiträgen gingen ein aus: Auffsig (B.) M. 4,52, Amberg (L.) 1,80, Berlin (Sch.) 4,80, (S.) 1, (W.) 2, Basel (Holz.) 7,80, (M.) 3,90, Danz-Platz (Holz.) 5,20, Gera (R.) 3, Hamburg (A.) 1, Kall (R.) 1, (S.) 2, Köln (M.) 1, Mündenheim (St.) 3, Montier (R.) 2,60, Meran (Holz.) 2,04, Montreux (L.) 2,60, Meinberg (L.) 1, Neuhelm (M.) 2, Neuerburg (B.) 3,05, New-York (R.) 4,17, Rheinfelden (Holz.) 1,40, Schaffhausen (Holz.) 5, Unterböbitz (St.) 1, Württemberg (W.-B.) 2,60, Zeitz (R.) —,75 und Zug (Holz.) 2,60.

Nachstehende Verwaltungsstellen werden daran erinnert, daß für 1898 die Inserate noch nicht bezahlt sind: Aen M. —,40, Aßperg —,40, Arnstadt —,60, Bernau 6,55, Budeburg —,70, Bonn 4,60, Bünde 3,60, Bautzen —,40, Bernburg —,50, Cannstatt 3,30, Croffen —,50, Dortmund 1,90, Eßingen —,70, Eisenberg —,40, Eßen 2,40, Flensburg 5,55, Friedberg —,50, Glogau 2,20, Gräfenroba —,50, Gaarden —,60, Greiz —,80, Geithain —,40, Gröbelling 1,60, Garmisch —,30, Hamm —,40, Hildburghausen 1,20, Hamelsspringe 1, Hastedt 1,90, Sierlohn 1,10, Kempten 6,30, Lindow —,80, Lübbenau —,30, Lauterberg 1,70, Bineburg 3,20, Mittweida —,70, Neu-Ruppin 1,10, Passau 1,10, Pärchim —,70, Pirmasens 1,50, Pöbneck —,70, Neustadt 2,40, Radeberg 3,50, Ratibor 1, Reddinghausen —,60, Schweinfurt 2, Sonneberg 2,30, Schönlanke 1,60, Schönebeck —,40, Schwerin —,40, Straubing —,70, Straßburg —,70, Starnberg —,20, Speyer —,60, St. Ludwig 1, Treuenbrizen —,40, Torgau 1, Wilhelmshagen 1,10, Wittenberg —,50, Walb —,80, Zirnborf 2 und Zuffenhausen —,50.

Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(C. S. 3 in Hamburg.)

Vom 24. Juni bis 8. Juli gingen folgende Beträge ein: Chemnitz M. 600, Freiburg i. B. 300, Lübeck 300, Lübtow 300, Hochstadt 300, Weinheim 250, Hamburg V 230, Eiberfeld 200, Hagen 200, Gmünd 200, Gera 200, Rathenow 200, Nies 200, Boll 200, Bayreuth 200, Coblenz 200, Kronberg 200, Leuzsch 200, Kaitzen 180, Köpenick 170, Striegau 150, Achim 150, Mühlberg 150, Arnstadt 100, Wörlitz 100, Lorch 100, Griesheim 100, Wilsdruff 100, Mühlungen 100, Weßhofen 100, Endenich 100, Süßhena 100, Wühl 100, Dietzheim 100, Sebnhausen 100, Sülz 100, Oldenburg 80, Herbede 80, Marburg 75, Ratingen 50, Ludenwalde 50, Mühlhausen i. Th. 50, Ratingen 50. Summa M. 9605.

Vom 24. Juni bis 8. Juli erhielten Zuschüsse: Fürth M. 700, Berlin E 600, Rigdorf 600, Neccarat 450, Dresden A 400, Berlin D 400, Schweinau 300, Gelsenkirchen 300, Stettin 300, Warmen 300, Friborf 250, Deuß 200, Cannstatt 200, Schilt 200, Feudenheim 200, Lichtenberg 200, Pöbneck 150, Lambrecht 150, Oppau 150, Dessau 150, Hornberg 100, Neu-Ruppin 100, Güstrow 100, Penntal 100, Frankfurt a. d. D. 72. Summa M. 8105.

Krankenunterstützung an Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse bezahlt M. 1311,81.

M. Jacobs, Hauptkassirer.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Altona. Am Dienstag, d. 18. Juli, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Ehler, Nordstraße 37. L.-D.: 1. Abrechnung. 2. Bericht der Kommission über die Verhältnisse Daniels. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Sonnabend, den 22. Juli, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rhein Hof“, Wendenstr. 45.

Freiburg i. Schl. Am 22. Juli, Abends 8 Uhr, im „Gasthof zum Kronprinzen“. Einzählung der Beiträge. Sodann alle 2 Wochen. Der Vertrauensmann.

Walldheim. Sonntag, den 23. Juli, Nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung im Lokale Aug. Gießner, Breitenberg. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Vortrag mit auf der Tagesordnung steht, und bitten wir um zahlreichem Besuch. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bruchal. Bev. August Bartholomä, Durlacherstr. 138; Kassierer Johann Glöckle, Durlacherstraße 66. Letzterer zahlt täglich die Reiseunterstützung Abends von 6 Uhr ab aus. Vereinslokal und Herberge „Gasthaus zum Durlacher Hof“.

Ulm. Bevollm. Hugo Hagensch, Büchsenstraße 25. Reiseunterstützung zahlt Gustav Waller, Schweinemarkt 10, Mittags von 12 bis 1 1/2 und Abends von 6 bis 8 Uhr aus.

Warel. Bevollm. F. Meyer; Kassierer J. Bülter, Pelzerstr. 15. Die Herberge befindet sich Langestr. 40; daselbst wird Reiseunterstützung ausbezahlt.

Sterbetafel

des

Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Friedrich Schuldt, 81 Jahre, gest. 27. Juni zu Rostock.

Wilh. Schöck, 24 Jahre, gestorben 6. Juli zu Rostock.

Gustav Sengpiel, 38 Jahre, gest. im Juli an der Proletarierkrankheit zu Röllin.

Wilhelm Möbis, 26 Jahre, gest. 1. Juli an der Proletarierkrankheit zu Fürstberg.

Karl Beckhold aus Schwerin, 23 Jahre, gest. 26. Juni an der Proletarierkrankheit zu Blomberg.

August Pietsch, 24 Jahre, gest. 4. Juli infolge eines Unglücksfalles zu Eßban.

Brano Naumann, 36 Jahre, gest. zu Walldheim.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Kollege Peter Sernatinger aus Ludwigshafen sende mir Deine Adresse. Email Fritz, Worms, Kapuzinerstr. 30.

Das Feston... mit Platten, Papier, Chemikalien und Gebrauchsanweisung, sehr schöne haarscharfe Bilder gebend. Jeder kann auf diesem Apparate mit Leichtigkeit Aufnahmen machen. — Probefeld liegt bei — Bestenfalls für nur 3 Mark franco.

Neuheiten-Vertrieb v. H. Gampel, Berlin NO, Weinstr. 2.

200 Stück gute, prachtvolle Sumatra-Zigarren, mit langer Blätter-Einlage, scharfem Brand, feinem Aroma, best. für den billigen Preis von nur M. 5.20 ab hier, 500 Stück M. 13, franco. Versand gegen Nachnahme. Garantie: Zurücknahme.

Wilhelm Quincke, Neuenrade 2, i. Westf.

Eine vorzügliche 5 Pfg.-Zigarre erhält man bei H. Kirchhof, Dortmund, Priorstr. 3b, p.

Ein edellicher Heroldreißer sucht auf Wanderschaft oder auf dauernde Beschäftigung. Gef. Offerte unter E. Sch. 83 an die Exped. d. Bl.

Tischler auf weiße und polierte Möbel, ferner Tischler, welche mit Holzbearbeitungs-Maschinen umzugehen verstehen, finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. Emil Berger, Möbelfabrik, Cisleben.

Tüchtige Möbeltischler suchen Lilie & Wendrich, Möbelfabrik, Ostfriesl. S.

4 tüchtige Möbelschreiner, welche schon auf Ladeneinrichtungen gearbeitet haben, sofort in dauernde Stellung gesucht. Lohn M. 21-26 pro Woche, je nach Leistung. Reisevergütung. Offerten unter E. R. 81 an die Exped. d. Bl.

15-20 tüchtige Möbeltischler auf nur feine Arbeit bei hohem Verdienst sofort in dauernde Beschäftigung gesucht. Winne & Wegner, Suhl i. Th., Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb.

Ristenschreiner werden gegen hohen Lohn und dauernde Stellung gesucht von Chr. Schmidt, Lüdenscheid i. W.

Tüchtiger Sölkerschneider und ein Nagler gesucht. L. Kleese, Pantoffelfabrik, Bergeborf.

Zwei tüchtige Maschinenarbeiter, gelernte Schreiner, auf sofort in dauernde Stellung gesucht. Lohn pro Woche M. 24-26. Off. unter S. 82 an die Exped. d. Bl.

Drehstler gesucht. Zinck's Dampfdrehlerei, Mühlberg i. Th.

Tüchtiger Bürstenmacher für alle vor kommenden Arbeiten. Kost und Logis außer dem Hause. Karl Suppe, Soest i. Westf.

Gesucht werden noch mehrere tüchtige Korbmacher auf Gesellschafter bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. H. Jahn, Korbmöbelfabrik, Magdeburg-Neustadt, Breiter Weg 16.

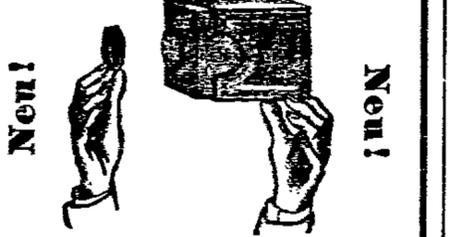
Gesucht ein junger Korbmacher für dauernd. Lud. Behsen, Trittau i. Holst.

2 junge, zuverlässige Korbmachergehilfen auf weiße geschlagene Arbeit erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei B. Tröbst, Stendal.

Stellmacherei, mit guter Kundschaft, ist wegen Zuruhegehen zu verkaufen. Näh. b. Zuber, Stellmachern., Cöpenick.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Meister.

Photographischer Taschen-Apparat



mit Platten, Papier, Chemikalien und Gebrauchsanweisung, sehr schöne haarscharfe Bilder gebend. Jeder kann auf diesem Apparate mit Leichtigkeit Aufnahmen machen. — Probefeld liegt bei — Bestenfalls für nur 3 Mark franco.

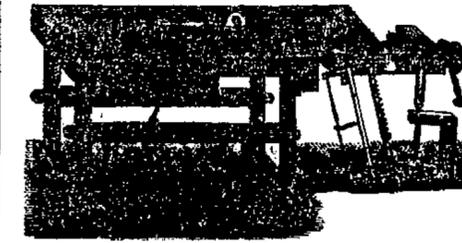
Neuheiten-Vertrieb v. H. Gampel, Berlin NO, Weinstr. 2.

200 Stück gute, prachtvolle Sumatra-Zigarren, mit langer Blätter-Einlage, scharfem Brand, feinem Aroma, best. für den billigen Preis von nur M. 5.20 ab hier, 500 Stück M. 13, franco. Versand gegen Nachnahme. Garantie: Zurücknahme.

Wilhelm Quincke, Neuenrade 2, i. Westf.

Eine vorzügliche 5 Pfg.-Zigarre erhält man bei H. Kirchhof, Dortmund, Priorstr. 3b, p.

Ca. 300 Fm. mildes Eichenholz, 3., 4. und 5. Kl., aus Kgl. Forsten, rund oder nach Aufgabe geschn., abzugeben. Off. an F. Seifert, Habelschwerdt in Schlesien, erbeten.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Journirpressen, neueste Konstruktion, geschäftlich geschützt, bei F. Grünig, Offenbach a. M.

Cubimeter (vollständiger Tabellen-Ersatz), zeigt auf automatischem Wege sofort den Kubikinhalte von Rund- und Kanthölzern an. Holzhandlungen, Förster, Sägewerke, Zimmermeister zc. können das Cubimeter zum Preise von M. 6 pro Stück direkt beziehen vom alleinigen Verleger Richard Schweizer, Bonn a. Rhein, Baumhäuser Allee 24.

Bayerische Loden, Cheviots und Sportstoffe für Herren und Damen sind in Haltbarkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit unerreicht. Wir versenden zu bekannt niedrigen Preisen unsere durch ihre Güte berühmten Herren- und Damenstoffe. Alle Arten Tucho, Buckskins, Cheviots, Kammgarn, wasserdichte Loden, Paletotstoffe, Damentucho, Damenloden, Beige, Fantasiestoffe, Damenkleiderstoffe jeden Geschmacks, Kattune, Flanelle, Waschestoffe und Baumwollwaaren. Aus der tausendfachen Auswahl offeriren z. B.: Monopol-Cheviot... 3mf. M. 6,- Zu sehr Sport-Anzug-Loden... 7,40 gediegen. Lord-Cheviot... 8,- Anzügen. Damenloden... 6 m für M. 4,88 Zu rw. Cachemire... 5,40 eleganten rw. Fantasiestoff... 7,50 Costumes. Muster vom Einfachsten bis zum Hochfeinsten franco an Jedermann ohne Kaufzwang. Angabe des Gewünschten erbeten. Garantie: Umtausch oder Zurücknahme. Tausende Empfehlungen. Tuchausstellung, Wimpfheimer & Cie., Angsburg 93. Grösstes und ältestes Tuchversandhaus Deutschlands mit elektrischem Betrieb.

Anhaltische Special-Bauschule für Bauwerk- und Bahnmeister, Kurse für Tiefbau- u. Steinmetztechniker. Vorkursus Oktober. Wintersemester 2. November. Staats-Prüfungs-Commission. Zerbst.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.